

Inhalt

Wanted! Steuer auf finanzielle Transaktionen	3
Hochwertige öffentliche Dienste – jetzt handeln!	4
Im Dienst des Gemeinwohls	6
IÖD-Gewerkschaftspreis 2011	7
Sparprogramme	8
Europäischer Aktionstag 30. November	10
Wir sind alle Griechen!	12
Nigeria: Privatisierung der Energieversorgung	14
Schlaglicht auf Südafrika	15
IÖD-Mitglieder mitten im Arabischen Frühling	16
Stärkung der Gewerkschaften in der arabischen Welt	21
Gewerkschaftsrechte	22
Gleichstellung und menschenwürdige Arbeit	24
APRECON 2011	26
Vor der Katastrophe!	28



Public Services International
Internationale des Services Publics
Internacional de Servicios Públicos
Internationale der Öffentlichen Dienste
Internationell Facklig Organisation för Offentliga Tjänster
國際公務勞運

Internationale der Öffentlichen Dienste

B.P. 9, 01211 Ferney-Voltaire Cedex FRANKREICH
Tel: +33 4 50 40 64 64
Fax: +33 4 50 40 73 20
psi@world-psi.org
www.world-psi.org

Präsident: Dave Prentis
Generalsekretär: Peter Waldorff
Redaktion: Teresa Marshall
Mitwirkende Autoren: Søren Bech, Rachel Marusek Hermann
Publikationskoordinatorin: Caroline Dodd-Taleb
Grafikdesign: Jean-Pierre Dauly

Unterzeichnete Artikel geben die Meinung ihre AutorInnen wieder und nicht unbedingt die der IÖD.

Focus über den öffentlichen Dienst –
Jahrgang 18, Nummer 1, Dezember 2011.
Veröffentlicht von der Internationale der Öffentlichen Dienste
Produktion: union labour

ISSN: 1023-344X
Druck: Imprimerie Brailly
69230 Saint-Genis-Laval, Frankreich
Gedruckt auf Papier aus nachhaltiger Produktion.



Titelfoto: London, 30. November 2011: Mitglieder von CGT Frankreich solidarisch mit streikenden britischen IÖD-Mitgliedern: Demo gegen Rentenreform.
Foto: Mac Urata

Leitartikel

Öffentliche Dienste im Interesse der Menschen



Peter Waldorff
IÖD-Generalsekretär

Vom Nahen Osten bis zum amerikanischen mittleren Westen, von Asien bis Afrika, von Europa bis Südamerika haben sich Gewerkschaften des öffentlichen und privaten Sektors in beispiellosen Aktionen zusammengeschlossen, um sich für Demokratie und hochwertige öffentliche Dienste stark zu machen. Dabei arbeiten wir mit einer Vielzahl von Verbündeten wie Kommunalverwaltungen und Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen, die mit uns die Überzeugung teilen, dass eine nachhaltig funktionierende Wirtschaft allen

Menschen Vorteile und Nutzen bringt.

Die Aufgabe der Gewerkschaften, solidarisch zu handeln und überall auf der Welt zu intervenieren, stellt sich so dringend wie nie zuvor. Für die Konzentration von Wohlstand und Reichtum in den Händen einiger weniger Privilegierter gibt es in der Geschichte keinen Präzedenzfall. Noch nie haben die Reichen der Gesellschaft so wenig zurückgegeben.

Es ist höchste Zeit für eine gerechte Steuerpolitik. Dazu gehört auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Dem „Mann auf der Straße“ Hoffnung, Lebenschancen und Sicherheit zu geben, ist ein Marathonprojekt und nicht im Sprint zu schaffen. Wir brauchen langfristiges Engagement, Solidarität und ständige Aktionen auf lokaler Ebene zur Unterstützung unserer globalen Ziele.

Diese Herausforderungen gehören zu den Themen, mit denen sich die IÖD-Mitglieder auf dem nächsten Weltkongress im kommenden Jahr auseinandersetzen werden. Ende November 2012 kommt die Internationale in Durban, Südafrika, unter dem Motto „Im Interesse der Menschen“ zusammen. Es geht um den Gedankenaustausch über gemeinsam zu bewältigende Herausforderungen, um beste Praktiken und um Strategien für gemeinsame Aktionen, mit denen wir uns in unserem Kampf gegenseitig unterstützen können.

Die ArbeitnehmerInnen dürfen nie vergessen, dass sie in der Überzahl sind. Gemeinsam haben sie die Macht in Betrieben, Gemeinden und Staaten. Wenn wir uns dort, wo wir leben und arbeiten, solidarisch zusammenschließen und uns die Hand über alle Grenzen hinweg reichen, können wir positive Veränderungen bewirken.

Im Rahmen der Kampagne des Rates der internationalen Branchengewerkschaften *Qualitativ hochwertige öffentliche Dienste – jetzt handeln* finden auch örtliche IÖD-Initiativen in Durban, Südafrika und Wisconsin, USA, sowie in anderen Städten statt. Diese Aktionen werden von Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, von Mitgliedern der Gewerkschaften des öffentlichen und privaten Sektors, von Kommunalverwaltungen und von Bürgerinitiativen getragen.

Es ist Zeit für neue Ideen und demokratische Wirtschaftssysteme, die diese Bezeichnung verdienen.

Gemeinsam fördern wir Investitionen in qualitativ hochwertige öffentliche Dienste, die über eine gerechte Steuerpolitik finanziert werden. Das ist keine abstrakte Idee. Die Verbesserung öffentlicher Dienste ist die beste Methode zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen überall auf der Welt und gleichzeitig der Königsweg aus der anhaltenden Wirtschaftskrise. Damit verfügen wir über die Möglichkeit zum Aufbau friedlicher, gerechter, fairer, demokratischer und nachhaltiger Gesellschaften. ■



Pflegepersonal aus den USA, Südkorea, Frankreich, Australien und Irland, international organisiert durch die IÖD, mit dem britischen Schauspieler und Oxfam-Botschafter Bill Nighy auf der G20-Presskonferenz.

IÖD-Wirtschaftsrezept für den G20: Globale Ungleichheiten mit Finanztransaktionssteuer kurieren!

Eine internationale Delegation mit Mitgliedern von Gesundheitsgewerkschaften, die der IÖD angeschlossen sind, hat auf dem letzten G20-Gipfel in Cannes in Frankreich den Staats- und Regierungschefs deutlich gemacht, dass die globale Wirtschaft nur dann aus der Notaufnahme entlassen werden kann, wenn eine Steuer auf Finanztransaktionen verschrieben wird.

Die Aktion vom 3. November, über die alle Medien ausführlich berichtet haben, ging auf eine Initiative der IÖD und des Mitglieds *National Nurses United* zurück und wurde in Partnerschaft mit dem IGB und den Partnern aus der Zivilgesellschaft Oxfam und WWF durchgeführt. IÖD-Mitglieder aus Frankreich, den USA, Südkorea und Australien haben daran teilgenommen (siehe Video unter www.world-psi.org).

Die NNU, die in den USA zu den Hauptinitiatoren der Forderung „Besteuert Wall Street“ gehört, hat parallel dazu eine Demonstration mit 2.000 Krankenpflegekräften vor dem Weißen Haus und dem Finanzministerium in Washington DC veranstaltet. In Los Angeles sind KrankenpflegerInnen durch das Bankenviertel gezogen, und in San Francisco haben sich Gewerkschaften und Bürgergruppen an Aktionen des NNU-Mitglieds *California Nurses Association* in Banken und vor der *Federal Reserve Bank* angeschlossen.

„Steuern sind keine Strafe. Wir erheben sie, um öffentliche Dienste zu unterstützen“, erklärt IÖD-Generalsekretär Peter Waldorff. „Wer sich darüber Sorgen macht, dass der Abstand zwischen Arm und Reich immer größer wird, sollte die Finanztransaktionssteuer unterstützen.“

IÖD-Mitglieder von Brasilien bis Südafrika schließen sich der Forderung der internationalen Branchengewerkschaften nach einer Finanztransaktionssteuer oder „Robin Hood-Steuer“ an, die Hunderte Milliarden Dollar im Jahr einbringen würde, Volkswirtschaften kurieren, eine nachhaltige Entwicklung und

den Umweltschutz fördern und qualitativ hochwertige öffentliche Dienste finanzieren könnte.

Obwohl das Konzept der Robin Hood-Steuer mit Bill Gates als G20-Berater einen prominenten Anwalt gefunden hat und der Gipfel in Cannes das Potenzial einer Steuer auf Finanztransaktionen erkannt hat, konnten sich die G20 nicht auf wirkungsvolle internationale Maßnahmen in dieser Richtung einigen.

„Ich bin unglaublich stolz darauf, dass sich unsere Kollegen global so überzeugend für ihre Patienten und die Gesellschaft eingesetzt haben“, äußerte sich RoseAnn DeMoro, NNU-Vorstandsvorsitzende, auf der Pressekonferenz in Cannes.

„Krankenpfleger geben einen Patienten niemals auf. Genauso wenig werden wir jemals diese Forderung aufgeben.“

Die NNU hat in diesem Zusammenhang schon früher Kampagnen durchgeführt, dazu gehörten der Wall Street-Marsch der 1.000 Krankenschwestern und –pfleger im Juni und am 1. September Aktionen in ganz Amerika im Vorgriff auf die Occupy Wall Street-Bewegung, die jetzt weltweit immer weitere Kreise zieht. Obwohl es in mehreren amerikanischen Städten zu Verhaftungen und Übergriffen der Polizei gekommen ist, sind die NNU-Mitglieder auf ihrem Posten geblieben und haben den Occupy Wall Street-TeilnehmerInnen überall in den USA medizinische Versorgung angeboten. Die Forderung nach einer internationalen Steuer auf Finanztransaktionen ist die erste offizielle Forderung der Occupy Wall Street-Bewegung.

Die Kampagne des Rates der internationalen Branchengewerkschaften *Qualitativ hochwertige öffentliche Dienste – jetzt handeln!* sieht eine Finanztransaktionssteuer ebenfalls als wichtigen Bestandteil eines gerechten Steuersystems an. Ein solches System ist die Voraussetzung für die Unterstützung öffentlicher Dienste zum Nutzen aller. ■

Hochwertige Öffentliche Dienste

JETZT



Hunderte von GewerkschafterInnen demonstrieren zusammen mit IÖD-Generalsekretär Peter Waldorff in Durban, Südafrika.

Die Leitkampagne des Rates der internationalen Branchengewerkschaften *Qualitativ hochwertige öffentliche Dienste—jetzt handeln!* begann offiziell am 23. Juni 2011 zum *Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes* der Vereinten Nationen. Die IÖD hat federführend die Koordinierung mit den internationalen Branchengewerkschaften übernommen, dazu gehören der Kampagnenstart, die Gestaltung von Materialien sowie der Website www.QPSActionNow.org.

Lokale Initiativen unter Beteiligung von Gewerkschaften des öffentlichen und privaten Sektors, von Organisationen der Zivilgesellschaft und von lokalen und regionalen Behörden fanden am 23. Juni in Südafrika, Thailand, Hongkong, den Vereinigten Staaten, Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru, Venezuela, Indien, Fidschi, Japan, Libanon, Bulgarien, Litauen, der Ukraine, Marokko, Mauritius, Äthiopien, Ghana, Russland, Uganda, Spanien, Irland und den Niederlanden statt.

In einer gemeinsamen Erklärung haben sich der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst, die Europäische Transportarbeiterföderation, das Europäische Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft, der europäische Dachverband der Gewerkschaften im Dienstleistungssektor UNI Europa und die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter mit dieser Qualitätskampagne für öffentliche Dienste solidarisch erklärt.

VertreterInnen des *AFL-CIO Solidarity Center*, der *Michigan AFL-CIO*, der *American Federation of Teachers* und der *American Federation of Government Employees* haben im Rahmen von Informationsbesuchen bei Gewerkschaften in Tunesien, Algerien, Ägypten und Palästina eine gemeinsame Solidaritätserklärung zur Unterstützung der Kampagne veröffentlicht.

Ein wichtiger Entwicklungsschritt war die thematische Anbindung der Qualitätskampagne an die internationale Bewegung für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Bürgermeister von Nantes und Brüssel haben der Kampagne ihre Unterstützung zugesichert.

Im Juni und September hat die IÖD-Mitgliedsgewerkschaft *National Nurses United* überall in den USA Aktionen mit der Forderung „Besteuert Wall Street“ durchgeführt. Die IÖD hat gemeinsam mit dem IGB und großen Gruppen der Zivilgesellschaft zusammengearbeitet und Anfang November eine internationale Delegation von bei der IÖD organisierten Gesundheitsfachkräften zum G20-Gipfel nach Cannes entsandt, um dort die Arbeitnehmerforderung nach einer Finanztransaktionssteuer vorzutragen.

Zahlreiche Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft haben inzwischen die Charta für qualitativ hochwertige öffentliche Dienste unterzeichnet.

Wisconsin, USA

Die IÖD wurde von der *American Federation of Teachers* darum gebeten, gemeinsam mit ihren Mitgliedern in Wisconsin an einer Qualitätskampagne für öffentliche Dienste zu arbeiten. Dieser US-Staat hat negative Schlagzeilen gemacht, als der Gouverneur gegen öffentlich Dienstleistungen und das Recht auf Kollektivverhandlungen mobil gemacht hat, um Steuergeschenke für Großunternehmen zu finanzieren.

„Die Angriffe, gegen die sich die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften im öffentlichen Dienst in Wisconsin wehren müssen, sind Teil eines größeren Komplotts bestimmter Interessengruppen, die eine machtlose und willfährige Arbeitnehmerschaft wollen und das Gemeingut öffentliche Dienste demontieren“, meint dazu Peter Waldorff, der Vorsitzende des Rates der internationalen Branchengewerkschaften, in einer gemeinsamen Erklärung mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Ambet Yuson anlässlich einer solidarischen Verpflichtung zur Unterstützung der ArbeitnehmerInnen in Wisconsin.

„Wir können uns gegen diese Attacken nicht auf lokaler oder nationaler Ebene wehren. Die Gewerkschaften und unsere Bündnispartner weltweit arbeiten zusammen an dem gemeinsamen Ziel, ArbeitnehmerInnen gewerkschaftlich zu organisieren, Men-

T HANDELN!



Richard Hambloch



Leslie Reader

Wisconsin, USA: IÖD-Mitglieder und ihre Verbündeten besetzen im Februar das Unterhaus.

schen- und Gewerkschaftsrechte zu verteidigen, Gewerkschaften auf Wachstumskurs zu bringen und öffentliche Dienste zum Wohle aller Menschen zu fördern. Dieser Kampagne verschreiben wir uns mit all unserer Macht.“

Die kanadischen Mitgliedsgewerkschaften NUPGE und CUPE haben sich bereiterklärt, jeweils ein Mitglied ihres Mitarbeiterstabes bis zu drei Monate für die Mitarbeit an der Wisconsin-Kampagne der IÖD freizustellen. Diese Initiative vernetzt die internationale Qualitätskampagne für öffentliche Dienste mit der Arbeit örtlicher Mitglieder wie AFT, SEIU, AFSCME, AFPGE und NNU sowie ihrer Bündnispartner und liefert Rat und Tat für Netzwerkarbeit, Advocacy-Arbeit, Forschung und die Ausarbeitung von Kampagnenstrategien.

eThekwini Metropolitan Municipality, Durban, Südafrika

Ein zweiter Schwerpunkt der IÖD-Leitkampagne ist die *eThekwini Metropolitan Municipality* in Südafrika. Die größte Stadt ist Durban, wo 2012 unser Weltkongress stattfinden wird. Schwesergewerkschaften der IÖD wie die Internationale Transportarbeiterföderation, die Bildungsinternationale und die Internationale Föderation der Bau- und Holzarbeiter unterstützen diese Kampagne über ihre lokalen Mitgliedsorganisationen. Die IÖD hat eine Kampagnenkoordinatorin vor Ort und eine Arbeitsgruppe mit jeweils vier Mitgliedern der Gewerkschaften, der Gemeinde und Organisationen der Zivilgesellschaft eingesetzt. Prioritäten der Kampagne: Verbesserung des Dienstleistungsangebots für die NutzerInnen, Kampf gegen die Korruption im Zuge der Privatisierung öffentlicher Dienste, Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Projekte für berufliche Qualifizierung und Unterstützung des nationalen integrierten Gemeindeentwicklungsprogramms.

Andere IÖD-Mitglieder in Irland, Spanien und der Ukraine nutzen die Kampagne für hochwertige öffentliche Dienste ebenfalls als Aufhänger für eigene lokale Aktionen.

Die IÖD hat außerdem das unabhängige Internationale Forschungsinstitut für öffentliche Dienste der Universität Greenwich mit einem Bericht über Kürzungen im öffentlichen Dienst in 30 Ländern beauftragt, weitere Informationen unter dem Link Cuts Watch auf der Website www.psir.org

Kampagnen internationaler Branchengewerkschaften für hochwertige öffentliche Dienste

Die Internationale Transportarbeiterföderation hat einen lokalen Kampagnenkoordinator für ihre Pilot-Qualitätskampagne für öffentliche Dienste in Thailand eingestellt. In erster Linie geht es hier um die Verbesserung der Betriebssicherheit der öffentlichen Eisenbahnen und der Dienstleistungsqualität sowie um qualitativ hochwertige öffentliche Alternativen zur Privatisierung. Die internationalen Branchengewerkschaften haben im August auf den Aufruf der ITF reagiert und bei der thailändischen Regierung gegen ein regressives Gerichtsurteil zur Entlassung von sieben SicherheitsaktivistInnen der Eisenbahnergewerkschaft protestiert.

Die Bildungsinternationale hat ihre Qualitätskampagne für öffentliche Dienste auf dem BI-Kongress in Kapstadt, Südafrika, gestartet. Die Initiative „Bring ein Buch mit“ soll zu einem ausreichend großen Bücherfundus führen, um damit neue Büchereien einzurichten. 70% der Schulen in Südafrika haben keinen Zugang zu einer vernünftig ausgestatteten Bücherei, in der SchülerInnen lernen und LehrerInnen unterrichten können.

Die Bau- und Holzarbeiter Internationale arbeitet mit UN Habitat an der Entwicklung einer Qualitätspartnerschaft für nachhaltige Stadtentwicklung. ■

Teresa Marshall ist bei der IÖD für die Koordinierung der Kommunikation und der Kampagne für qualitativ hochwertige öffentliche Dienste zuständig.

Im Dienst des Gemeinwohls



Basisdemokratie: Abstimmung auf einer Versammlung der *Indignados*, Spanien, 15. Juni.

Am 24. Januar 2011 hat der Rat der internationalen Branchengewerkschaften die Genfer Charta für qualitativ hochwertige öffentliche Dienste verabschiedet.

„Hochwertige öffentliche Dienste, die allen BürgerInnen zur Verfügung stehen, verbessern die Lebensqualität der Menschen und sind eine fundamentale Voraussetzung für den Aufbau gerechter, wohlhabender und demokratischer Gesellschaften“, heißt es in der Charta.

Die Charta definiert den Begriff „öffentlich“ als „im Dienste des Gemeinwohls“ im Gegensatz zu Partikular- oder Individualinteressen. Sie fordert eine Dienstleistungskultur ein, die in effektiver Weise auf die Bedürfnisse der Gemeinschaft ausgerichtet ist.

Im Dienst des Gemeinwohls anstatt im Dienst von Partikularinteressen

Die internationalen Branchengewerkschaften mit rund 200 Millionen Mitgliedern im privaten und öffentlichen Sektor fordern eine globale Strategie für soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung, Gleichheit und mehr Lebensqualität für alle. Dazu gehören:

- Das Recht aller Menschen auf universell in ihrer unmittelbaren Umgebung verfügbare und für alle zugängliche öffentlichen Dienste unabhängig von sozialen, wirtschaftlichen und geographischen Bedingungen. Diese öffentlichen Dienste sollen die Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter fördern.
- Die Anerkennung der Aufgabe hochwertiger öffentlicher Dienste, in den Volkswirtschaften von Entwicklungsländern, Schwellenländern und Industrieländern die Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und für eine gerechte Verteilung des durch Wachstum erzielten Wohlstands zu schaffen.
- Die Umsetzung politischer Programme und Strategien, um die Grundbedürfnisse aller Menschen nach Wasser, Nahrung, Energie und Wohnungen zu befriedigen; um sicherzustellen, dass alle Menschen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Kommunikation, Transport und Informationsvielfalt haben; um die kulturelle Vielfalt und Freiheit zu be-

wahren; und um das Recht auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

- Eine gute, transparente und korruptionsfreie Verwaltung im Dienste einer pluralistischen und offenen Gesellschaft.

Die Charta verpflichtet Gewerkschaften weltweit zu Kampagnen für die Bereitstellung adäquater öffentlicher Mittel sowie zu Investitionen in die Zukunft der Menschen und ihrer Gemeinden.

Die Charta weist ebenfalls darauf hin, dass Menschenfreundlichkeit kein Ersatz für die faire und vernünftige Besteuerung von Unternehmen und Privatpersonen ist. Sie schlägt die Unterstützung von Ländern mit niedrigem Durchschnittseinkommen auf ihrem Weg zu nachhaltigem Wachstum vor, indem innovative Finanzierungsquellen erschlossen werden, darunter auch eine Steuer auf Finanztransaktionen.

„Mehr als je zuvor muss die Weltgemeinschaft gegenwärtig zusammenhalten, um die Lebensfähigkeit unseres Planeten unter neuen Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die von Menschenwürde, Wandel und Hoffnung bestimmt werden. Damit werden wir Erfolg haben, wenn wir uns von der Erkenntnis leiten lassen, dass qualitativ hochwertige öffentliche Dienste gleichbedeutend mit Lebensqualität sind“, lautet der Schlusssatz der Charta. ■

Die Reichen werden immer reicher –



und was man mit einem Bruchteil ihres Geldes bewirken könnte

Die wohlhabendsten Menschen auf der Welt wurden 2010 um fast 10% reicher. 2009 wuchs ihr Vermögen um fast 20%. Sie haben sich inzwischen vollständig von der Krise erholt und verfügen über Vermögenswerte in Höhe von \$42,7 Billionen – 5% mehr als 2007. Das ist mehr als die gesamte Staatsverschuldung weltweit.

Dieses immense Vermögen ist in den Händen einer Finanzelite, die weniger als 11 Millionen Menschen zählt – das sind ca. 0,15% der Weltbevölkerung. Die Reichen setzen alles daran, so wenig Steuern wie möglich zu zahlen, und werden darin von ihren Steuer- und VermögensberaterInnen unterstützt. Falls die Reichen Europas eine einmalige Steuer in Höhe von 24% zahlen würden, könnten sie die Staatsverschuldung aller 27 EU-Länder auf den in den Maastrichter Kriterien genannten Mittelwert von 60% verringern. Falls sie freiwillig eine einmalige Steuer von 14% zahlen würden, könnten damit die gesamten Schulden der Länder Griechenland, Portugal, Island und Spanien bezahlt werden.

Eine jährliche Steuer von nur 5% für diese wohlhabenden EuropäerInnen würde die Haushaltsdefizite aller EU-Länder auf die vorgeschriebenen 3% des BIP senken. Eine jährliche Reichensteuer von nur 1%, zu zahlen von wohlhabenden BürgerInnen Nordamerikas, würde ausreichen, um die Haushaltsdefizite aller amerikanischen Bundesstaaten auszugleichen. ■

IÖD-Gewerkschaftspreis 2011



Verleihung des IÖD-Gewerkschaftspreises an die *Ghana Health Services Workers Union*: Generalsekretär Abu Kuntulo, Vorsitzender Richard Yeboah, Stellv. Reynolds Tenkorang, 2. Vizepräsidentin Edith Abutiatie, Schatzmeister Amoako Attah (v.l.n.r.)

Am Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2011 hat die Internationale der Öffentlichen Dienste bekanntgegeben, dass der zweite, jährlich verliehene IÖD-Gewerkschaftspreis für die Förderung öffentlicher Dienste an die Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen (HSWU) in Ghana vergeben wird.

Als kleine Gewerkschaft mit einem großen Herzen und einer beeindruckenden Erfolgsbilanz ist diese Gewerkschaft in Ghana ein Vorbild dafür, wie man als Organisation für menschenwürdige Arbeit kämpft und sich für die Gewerkschaftsrechte aller Beschäftigten in Gesundheitswesen einsetzt. Die unmittelbare Folge davon war, dass deutlich weniger Gesundheitsfachkräfte die einzige Chance für einen menschenwürdigen Arbeitsplatz im Ausland suchen und dass die Qualität der öffentlichen Gesundheitsversorgung in Ghana deutlich besser geworden ist.

Die HSWU hat sich selbst als Zentrum für die Verbesserung der Gesundheitsdienste in Ghana und in Westafrika etabliert. Sie leistet Beiträge zu wichtigen Solidaritätsaktionen und unterstützt Schwestergewerkschaften in Nachbarländern, die nicht über ausreichende Ressourcen verfügen, mit Netzwerkarbeit und sonstigen Hilfsangeboten. Die HSWU hat das West Africa Health Sector Union Network gegründet und hält die Arbeit des Netzwerkes aufrecht. Die HSWU veröffentlicht ebenfalls regelmäßig ein Bulletin mit aktuellen Nachrichten und Informationen, die für das Heil- und Pflegepersonal und auch für die Öffentlichkeit von Interesse sind.

Die HSWU hat ebenfalls relevante Arbeiten über das Thema Migration geleistet. Die Weltgesundheitsorganisation führt Ghana in der Liste der Länder, die

aufgrund der Personalabwanderung auf eine Krise des Gesundheitssystems zu steuern. Durch den erfolgreichen Kampf für mehr Rechte und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Gesundheitsfachkräfte hat diese Gewerkschaft einen wichtigen Beitrag dafür geleistet, dass weniger ausgebildetes Personal das Land verlässt.

Die HSWU hat gemeinsam mit der *Ghana Registered Nurses Association* „Bausteine“ entwickelt, die auswanderungswilligen Beschäftigten des Gesundheitswesens im Vorfeld Informationen über die Situation für MigrantInnen in anderen Ländern und damit wichtige Entscheidungshilfen vermitteln. Das Informationspaket beinhaltet auch Unterstützungsangebote für Gesundheitsfachkräfte, die sich für die Migration entscheiden.

Die HSWU hat in enger Zusammenarbeit mit der *Ghana Registered Nurses Association* eine Kampagne mit der Bezeichnung *Unsere Gesundheitsfachkräfte sind nicht zu verkaufen* durchgeführt, um eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in Ghana zu sichern und um für das Personal bessere Löhne und Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Die HSWU hat gemeinsam mit anderen Gewerkschaften und Berufsverbänden eine Arbeitsgruppe gegründet, die über einen Zeitraum von mehreren Jahren eine wichtige Aufgabe bei der Bewertung beruflicher Tätigkeiten und in den Lohnverhandlungen mit der Regierung übernommen hat. Das unnachgiebige und aktive Engagement der Gruppe bei der Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder, zu denen 95% der Gesundheitsfachkräfte in Ghana gehören, hat schließlich zu Lohnerhöhungen für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen geführt. ■



Indignados protestieren in Spanien, 19. Juni.



Protest gegen Sparpolitik, Lissabon, Portugal, 30. November.

Soziale Auswirkungen der Sparprogramme

Alle Sparpakete beinhalten Einschnitte bei den öffentlichen Diensten und den Ausgaben der öffentlichen Hand. Nach den Erkenntnissen der NGOs und anderer Organisationen, die sich mit Armut und den sozialen Auswirkungen der Krise befassen, werden die ärmeren und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen am härtesten getroffen. Diese Erkenntnisse sind besonders deshalb wichtig, weil die wenigsten Regierungen eine Abschätzung der sozialen Folgen ihrer Politik vornehmen.

Die UN-Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten warnt davor, dass „der zunehmende Zwang zu Durchführung von Sparmaßnahmen, offensichtlich aus finanzpolitischen Konsolidierungsgründen, ein Risiko für die soziale Absicherung, die öffentliche Gesundheit und für öffentliche Bildungsprogramme sowie für Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung darstellen.“ Und weiter: „Eine Wirtschaftspolitik, die isoliert von ihren sozialen Auswirkungen betrachtet wird, kann schlimme Folgen haben und zu Armut, Arbeitsplatzverlusten, Fehlernährung und Defiziten im Gesundheits- und Bildungswesen führen mit negativen Folgen für eine langfristige nachhaltige Entwicklung... Es ist wichtig, dass die Regierungen die voraussichtlichen sozialen Folgen ihrer Wirtschaftspolitik ins Kalkül ziehen.“

Eine Umfrage in 17 Ländern, durchgeführt vom Europäischen Armutsnetzwerk, hat gezeigt, dass Sparprogramme vor allem junge Leute, Arme und sozial benachteiligte Gruppen treffen, darin eingeschlossen bildungsferne Schichten, MigrantInnen und ethnische Minderheiten. Diejenigen, die von der Wirtschaftskrise ohnehin schon am härtesten getroffen sind, werden zweifach bestraft durch restriktivere Regelungen für den Bezug von Arbeitslosengeld oder Sozialleistungen, Wohngeld und Kindergeld.

Der gezielte Abbau von Stellen im Staatsdienst und die Anhebung des Rentenalters verschlechtern die Aussichten junger Arbeitssuchender. Die Jugendarbeitslosigkeit in der EU betrug

im September 2010 über 20%, das ist doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote. In einigen Ländern lag sie deutlich höher, zum Beispiel mehr als 37% in Estland und 42% in Spanien.

Das Ergebnis sind steigende Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Armut und Ungleichheit.

In Spanien leben inzwischen 19,5 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Es gibt mehr als 15 Millionen Haushalte, in denen keiner der Erwachsenen erwerbstätig ist. Für die Kinder bedeutet das Einschränkungen bei Lebensmitteln, Kleidung und Freizeitmöglichkeiten.

In Ungarn gibt es ca. 100.000 Menschen, die als „unsichere Kunden“ angesehen werden – das bedeutet, dass sie voraussichtlich ihre Bankkredite nicht zurückzahlen können.

In Rumänien beinhaltet das neue Sparprogramm eine 25%-Kürzung der Kinderbeihilfen, die Streichung der finanziellen Unterstützung junger Familien und das Einfrieren der Leistungen für alleinerziehende Elternteile.

Im Vereinigten Königreich und Nordirland steht ein einzigartiges und hochgelobtes integriertes Gesundheits- und Sozialsystem vor dem Aus. Aktuelle Vorschläge versprechen den Erhalt des Gesundheitssystems, jedoch mit starken Einschnitten bei den persönlichen Sozialdiensten, die zahlreiche wichtige Leistungen für sozial benachteiligte Kinder und Familien finanzieren.

Es gibt vergleichbare Auswirkungen von Etatkürzungen in den USA. Eine Umfrage des *Centre for Budget and Policy Priorities* hat ergeben, dass die Mehrheit der Bundesstaaten die Gesundheitsversorgung, Betreuungsangebote für Ältere und Menschen mit Behinderungen sowie Bildungsangebote reduziert haben. So plant der Bundesstaat Washington zum Beispiel die Einschränkung der Unterstützung für 28.000 Personen, die körperliche oder geistige Behinderungen haben und nicht in der Lage sind zu arbeiten. Ohne die Unterstützung der Bundesregierung wären diese Einsparungen noch einschneidender ausgefallen. ■

Wer spart wo?

Nachstehend eine Übersicht, wie die Menschen in den drei Ländern Griechenland, Russland und den Vereinigten Staaten von den wirtschaftlichen Problemen im Zuge der Finanzkrise betroffen werden.

	GRIECHENLAND	RUSSLAND	USA
Bruttoinlandsprodukt:			
im Jahre 2009	-2.0%	-7.8%	-2.6%
im Jahre 2010	-4.5%		
im Jahre 2011	-3.8%		
Konjunkturprogramm (% des BIP)		4.5%	1.8%
Bankenrettung (% des BIP)	5%	7.7%	23%
Sparprogramme der Regierung (% des BIP)	-15.4%	-3.7%	Bund: 0.0% Bundesstaaten: -7.6%
Forderungen des IWF (% des BIP bis 2030)	Weitere Einsparungen in Höhe von 14,0%.	Weitere Einsparungen in Höhe von 7.5%.	Weitere Einsparungen in Höhe von 17.5%.
Stellenabbau im öffentlichen Sektor	-157,038	-93,000	-535,000
Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor	-21.3%	Nein. Deutliche Erhöhung der Reallöhne im Gesundheits- und Bildungswesen 2011-12.	Einige Bundesstaaten kürzen Löhne, Renten und Gesundheitsleistungen und schränken das Recht auf Kollektivverhandlungen ein. Lohnstopp im Bund 2010-12.
Kürzungen im Gesundheitssystem	-7% in allen Bereichen.	Nein. Mehrausgaben angekün- digt.	Verbesserte Gesundheitsversorgung, aber Einschnitte auf Ebene der Bundesstaaten.
Rentenkürzungen		Nein. Rentenerhöhungen als Teil des Konjunkturpakets 2009. Privatisierung.	
bis 2020	-25%		
bis 2060	-33%		
Mindestrentenalter	Steigt von jetzt 55 auf 65 Jahre.		Rentenalter auf 67 erhöht.
Privatisierungen	Euro 50 Milliarden durch Verkauf von Staatsvermögen an eine private Auktionsgesellschaft zur Bankenrettung, kontrolliert durch EU-Beauftragte und nicht durch die gewählte Regierung.	Teilprivatisierung von Anteilen an Staatsbetrieben für 2010 angekündigt; weitere Auslagerung öffentlicher Dienste.	Auslagerung öffentlicher Dienste auf Ebene der Bundesstaaten, ÖPPs.
Kürzungen auf kommunaler, regionaler und staatlicher Ebene	-7% in allen Bereichen.	Nein. Erneutes kommunales Beschäftigungswachstum seit 2010.	Umfassende Kürzungen in fast allen Bundesstaaten.

Weitere Länderberichte von David Hall, dem Direktor des Internationalen Forschungsinstituts für öffentliche Dienste an der Greenwich University, unter www.psiru.org/cutswatch.

Europäischer Aktionstag



IÖD-Mitglieder protestieren in Lissabon, Portugal.



CGT-Mitglieder demonstrieren in Paris, Frankreich.



IÖD-Mitglieder, darunter SEIU und NNU, demonstrieren in Washington, DC.



Amerikanische IÖD-Mitglieder solidarisch mit dem VK auf einer Rally in Los Angeles.

Der Exekutiv Ausschuss des Europäischen Gewerkschaftsverbandes für den öffentlichen Dienst (IÖD/EGÖD) hat einen gemeinsamen europäischen Aktionstag gegen die Sparmaßnahmen und für ein soziales Europa koordiniert. Das Datum wurde mit Bedacht im zeitlichen Umfeld der Tagungen des Wirtschafts- und Finanzministerrates und des Arbeits- und Sozialministerrates sowie des Beginns des Rentenstreiks der Beschäftigten des öffentlichen Sektors im VK gewählt.

Verärgert über die Unfähigkeit der europäischen politischen Elite, eine Lösung für die Krise zu finden, und in Weiterführung einer Reihe nationaler Aktionen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und anderen Ländern haben IÖD- und EGÖD-Mitglieder gegen die rücksichtslosen Sparprogramme protestiert, die mit Angriffen auf Gewerkschafts- und Kollektivverhandlungsrechte, Personal-, Lohn- und Rentenkürzungen sowie eingeschränkten Angeboten öffentlicher Dienstleistungen für die BürgerInnen einhergehen.

EGÖD-Generalsekretärin Carola Fischbach-Pyttl betonte, dass die europäischen Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst die „Katas-Troika“-Strategie des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der europäischen Kommission ablehnten, da sie außer immer rigoroseren Einsparungen öffentlicher Ausgaben nichts zu bieten hat.

Die Mobilisierung der Gewerkschaften beinhaltete Generalstreiks im öffentlichen Sektor, nationale Aktionstage, Massendemonstrationen und Protestaktionen vor EU-Gebäuden und Banken.

30. November



Millionen von britischen GewerkschafterInnen gegen die Rentenreform.

Massendemonstration in London, VK.

Griechische Gewerkschaften blockieren EU-Sparkommissare

Die ADEDY als Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes hat gemeinsam mit anderen Gewerkschaftsorganisationen ihre Protest- und Streikaktionen gegen die Sparprogramme fortgesetzt, die Griechenland von der EU aufgezwungen werden. Vor kurzem angekündigte weitere Maßnahmen könnten dazu führen, dass 20.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst ihre Arbeit verlieren oder weitere Lohnkürzungen, Vorruhestandsregelungen oder Teilzeitarbeit hinnehmen müssen.

Streiks im Vereinigten Königreich gegen Renten Kürzungen

Die IÖD-Mitgliedsgewerkschaften im Vereinigten Königreich haben intensiv für die Unterstützung ihrer koordinierten Arbeitskampfmaßnahme am 30. November geworben, nachdem der Regierung keine vernünftigen Verhandlungen über eine Rentenreform und Pläne zur Kürzung der Altersbezüge von Millionen Beschäftigten im öffentlichen Sektor gelungen sind.

Mitglieder der *Public and Commercial Services Union* sowie von UNISON, GMB, Unite, Prospect und der Gewerkschaft FDA für höhere Beamte des öffentlichen Dienstes sind gleichermaßen betroffen. Geschätzte drei Millionen Beschäftigte werden am 30. November mit dem Streik beginnen.

UNISON hat berichtet, dass bei einer Abstimmung unter den 1,1 Millionen Mitgliedern fast 80% für die Durchführung dieser Arbeitskampfmaßnahme waren. Sowohl UNITE als auch Prospect haben als

Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu 75% für den Streik gestimmt, bei der FDA waren es 81%. Unterstützung für den Streik gab es mehrheitlich auch bei der PCS und der GMB.

Nach Plänen der Regierung müssten die Beschäftigten im öffentlichen Sektor einen höheren Anteil an den Beiträgen zur Pensionskasse tragen – in einigen Fällen 50% mehr als bisher. Auch die Rentenleistungen sollen gekürzt und das Rentenalter erhöht werden. Es wären dies zusätzliche Belastungen über den zweijährigen Lohnstopp hinaus, der bereits für zahlreiche Mitglieder gilt.

Die Gewerkschaften wollen die Maßnahmen der Regierung auch vor Gericht anfechten.

Nein zu privatisierten Finanzbehörden

Mehr als 21.000 MitarbeiterInnen in Finanzbehörden und Callcentern könnten gegen Pläne der Regierung streiken, Privatunternehmen als Anlaufstelle für die Beantwortung von Anfragen der britischen SteuerzahlerInnen zuzulassen. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage bei den Mitgliedern der *Public and Commercial Services Union*. Von den TeilnehmerInnen der Umfrage sprachen sich 85% für einen Streik oder eine andere Arbeitskampfmaßnahme aus. ■



IÖD- und EGÖD-Mitglieder auf einem Protestmarsch in Rom, Italien.

Wir sind alle Griechen!

Volksbewegungen in Europa suchen den internationalen Schulterschluss und intensivieren ihre Aktionen, um eine gemeinsame Front gegen die Sparprogramme zu bilden.

In mehreren europäischen Ländern wurden am 15. Oktober und anlässlich des G20-Gipfels am 3. und 4. November Protestaktionen durchgeführt.

Nicht nur die Griechen streiken und protestieren gegen einschneidende Arbeitsplatzverluste, Rentenkürzungen und Notsteuern, auch die Gewerkschaften und Gruppen der Zivilgesellschaft in anderen Ländern formieren sich zu einer Gegenbewegung.

Zwar stellt sich die spezielle Situation in jedem Land anders dar, aber alle Sparprogramme scheinen einen einheitlichen Nenner zu haben – sie sorgen für einen dauerhaften Wohlstandstransfer von öffentlichen zu privaten Strukturen, von Menschen zu Banken, von Arm zu Reich.

„Wir brauchen eine gemeinsame Mobilisierungsbasis, ein gemeinsames Programm“, erklärt dazu der Aktivist Max Bank vom deutschen Koordinierungskreis des finanzmarktkritischen Netzwerks Attac. Max Bank gehörte zu den Delegierten einer Konferenz der *European Coalition of Resistance*, die im Oktober in London stattgefunden hat und an der 600 AktivistInnen, GewerkschafterInnen und AkademikerInnen aus ganz Europa teilgenommen haben.

Wenn man europäischen PolitikerInnen und den bürgerlichen Medien folgt, entsteht schnell der Eindruck, dass die ‚Troika‘ – die Europäische Union, der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zentralbank – versuchen, die griechische

„Wir brauchen eine gemeinsame Mobilisierungsbasis, ein gemeinsames Programm“

Volkswirtschaft zu retten. In Wirklichkeit haben sie die Absicht, die europäischen Banken zu rekapitalisieren, die fast wertlos griechische Anleihen in ihren Bilanzen haben, und den Euro zu schützen.

Die von ihnen inszenierten Rettungsprogramme setzen nicht nur der Bevölkerung schwer zu, sondern dürften auch zum Ausverkauf griechischen Staatsvermögens an den privaten Sektor führen. Dazu werden, wie man sich leicht vorstellen kann, auch die Banken und Spekulanten



IOÖ-Mitglied ADEDEY an vorderster Front auf einem Dutzend Generalstreiks in Griechenland.

gehören, die die Krise von 2008 verursacht haben und die auch für die aktuellen Probleme heute verantwortlich sind.

Allerdings gibt es Hoffungszeichen. In Griechenland und Irland haben BürgerInnen ein Schuldenaudit gefordert, ähnliche Initiativen gibt es jetzt auch in Frankreich und Portugal. Bei diesen Bürgeraudits geht es darum, festzustellen, wer die Schulden gemacht hat, wozu das Geld gebraucht wurde und wem diese Beträge geschuldet werden.

Die griechische Regierung versucht jetzt, ausgerechnet bei den Menschen mit den niedrigsten Einkommen Steuern einzutreiben. Es hat bereits Rentenkürzungen in Höhe von 20-30% gegeben, Lohnkürzungen von 20% sind nicht unüblich, und 30% der Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden wahrscheinlich ihren Arbeitsplatz verlieren. Der Mehrwertsteuersatz von 20% ist jetzt auch auf alle Lebensmittel einschließlich Brot zu zahlen. Trotzdem gehen die Steuereinnahmen weiter zurück, nicht zuletzt wegen einer weiter schrumpfenden Wirtschaft, steigender Arbeitslosigkeit und der Tatsache, dass Staatsbedienstete auch SteuerzahlerInnen sind.

Während die steuerhinterziehenden Reichen in Griechenland weiterhin mehr oder weniger ungeschoren davonkommen, werden Hungerlöhne zur Regel. Nach einem Artikel in der britischen medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet* ist die Selbstmordrate im Land um 41% gestiegen.

„Ich hätte nichts dagegen, die geforderte

einmalige Steuer in Höhe von 1.300 Euro zu zahlen, wenn ich davon überzeugt wäre, dass dies gut für mein Land ist“, sagt eine junge Frau in Athen. „Aber wer bekommt dieses Geld?“

Die Profiteure dieser Entwicklung sind die Kapitalgeber, die exorbitante Zinsen verlangen können, und die Spekulanten und Konzerne, die wie die Geier darauf warten, dass Griechenland ihnen zum Fraß vorgeworfen wird und sie sich über das zum Verkauf stehende Staatsvermögen hermachen können (sogar griechische Inseln waren schon im Gespräch).

Wie könnte aber eine Antwort auf die Krise lauten? Nur wenige wagen sich aus der Deckung. Aber eine europaweite fortschrittliche Strategie könnte so aussehen: Einführung einer demokratischen Kontrolle und Regulierung der Banken und des Finanzsektors; Erhöhung der Steuereinnahmen durch Schließen von Steuerschlupflöchern und durch höhere Reichen- und Unternehmenssteuern; Erlass illegitimer Schulden bzw. Umstrukturierung und Abschreibung sonstiger Schulden; und Erinnerung der Regierung und der EU an die Tatsache, dass sie in erster Linie den Völkern Europas und nicht den Finanzinstitutionen zu dienen haben. ■

Aus einem Artikel von Vanessa Baird für die Zeitschrift *New Internationalist* www.newint.org

Zwischen Sparprogramm und Revolution – Frauen heute

Die anhaltenden Probleme und Folgen der globalen Finanzkrise haben den „perfekten Sturm“ für diejenigen geschaffen, die sich gewerkschaftsfreie Betriebe wünschen. Die Folgen sind laut einem Bericht des IÖD-Sekretariats an den Weltfrauenausschuss besonders für weibliche Arbeitskräfte gravierend.

Eine Welle von Sparmaßnahmen wird nicht nur dazu benutzt, Privatisierungsprogramme zu beschleunigen, öffentliche Ausgaben zu kürzen und Ausmaß und Rolle des Staates zu beschneiden, sondern dient auch dazu, den sozialen Dialog und Kollektivverhandlungen in Betrieben des öffentlichen Sektors praktisch zu beenden.

Der vorliegende Artikel liefert eine Momentaufnahme dieser Sparmaßnahmen, die das Wirtschaftswachstum eher behindern als beflügeln, und beschreibt ihre Auswirkungen auf Frauen.

Vereinigtes Königreich

Eine Analyse des *Trade Union Congress* zeigt, dass die im Vereinigten Königreich durchgesetzten Sparmaßnahmen akute Auswirkungen auf die Arbeitsplätze von Frauen, ihren Zugang zum Arbeitsmarkt, ihre Altersversorgung und ihren Anteil an der unentgeltlich zu leistenden Hausarbeit haben. Frauen stellen im VK den größten Anteil der Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst. Das Land hat inzwischen die höchste Frauenarbeitslosenquote seit 23 Jahren, und eine Million junger Menschen werden praktisch vom Erwerbsleben ausgeschlossen.

Vereinigten Staaten

In den Vereinigten Staaten sind die regressiven Rechtsvorschriften, mit denen in zahlreichen Bundesstaaten das System der freien Kollektivverhandlungen beseitigt wurde, als „politische Retourkutsche“ bezeichnet worden, um die hart erkämpften Errungenschaften für Frauen wieder einzukassieren. Frauen haben 79% der 327.000 Stellen im öffentlichen Dienst verloren, die zwischen Juli 2009 und Februar 2011 abgebaut worden sind.

Australien

New South Wales in Australien hat vergleichbare restriktive Gesetze erlassen und Kürzungen durchgesetzt, die bei allen negativen Folgen dazu noch einen potenziellen Rückschlag für die Lohngerechtigkeitskampagne bedeuten können, die von IÖD-Mitgliedern im Land durchgeführt wird. *Fair Work Australia*, ein unabhängiges Arbeitsrechtstribunal, hat jedoch die Forderung nach Lohngerechtigkeit für die australischen Beschäftigten im Sozial- und Gemeinschaftssektor bestätigt und damit einen wichtigen Schritt in Richtung



„Revolution für die Menschen – fort mit den Dieben!“, 21. Januar 2011, Tunesien.

Lohngleichstellung für eine Gruppe getan, deren Arbeit schon immer unterbewertet wurde.

Fidschi

Gemeinsam mit ihren international tätigen Schwestergewerkschaften hat die IÖD die vielen gewerkschaftsfeindlichen Dekrete der Militär-Übergangsregierung verurteilt, die im Endergebnis gleichbedeutend mit der Abschaffung unabhängiger demokratischer Gewerkschaften im Land sind. So meldet die *Fiji Nursing Association* den Verlust von 98% der Beitragseinnahmen, da das automatische Einzugsverfahren für die Beiträge nicht mehr angewendet werden darf.

Botswana

In Botswana hat die Regierung mit der Entlassung von mehr als 2.000 ArbeitnehmerInnen auf einen zwei-monatigen Streik reagiert, in der Mehrheit Frauen. Sie sind oft die Hauptverdiener des Haushaltseinkommens.

Naher Osten und Nordafrika

Die Volksaufstände im Nahen Osten und Nordafrika geben der Gewerkschaftsbewegung überall auf der Welt Hoffnung und Inspiration. Diese Revolutionen sind der Höhepunkt einer zehnjährigen Mobilisierung seitens der ArbeitnehmerInnen und der Zivilgesellschaft angesichts immer schlechter werdender Lebensbedingungen und Einschränkungen der Bürger- und Arbeitnehmerrechte. Unabhängige Gewerk-

schaften einschließlich der IÖD-Mitglieder in Ägypten, Algerien und Tunesien spielten hier eine entscheidende Rolle und sind auch maßgeblich am Aufbau freier Gesellschaften beteiligt.

Der Arabische Frühling hat die Selbstbestimmung und Emanzipation von Frauen zu einem hochaktuellen Thema werden lassen. Hier wartet allerdings noch viel Arbeit auf uns. In Ägypten wurden Forderungen von Frauen, die Gleichberechtigung der Frau in der Verfassung festzuschreiben, bisher ignoriert. In der Tat enthalten die vom Obersten Militärrat veranlassten Verfassungsänderungen keinerlei Hinweise auf die Gleichstellung der Frau.

Trotzdem kommen aus der Region auch einige positive Signale. In Tunesien haben Frauen eine erfolgreiche Kampagne für einen ausgewogenen Frauen- und Männeranteil bei der Auswahl der KandidatInnen für die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung durchgeführt. Tunesien hat vor kurzem angekündigt, dass es bisherige Vorbehalte gegenüber dem UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) ausräumen will. ■

Chidi King ist die IÖD-Referentin für Gleichstellung und Gewerkschaftsrechte.

Privatisierung der Energieversorgung ist keine Lösung für Nigeria!



Gewerkschaften gegen die Übernahme von Stromversorgungsbetrieben durch das Militär in Nigeria, November 2011.

Die Regierung Nigerias hat am 26. August ihren Plan mitgeteilt, die gesamte Elektrizitätswirtschaft des Landes zu privatisieren. Die nigerianische Gewerkschaft *National Union of Electricity Employees* hat daraufhin den IÖD-Beauftragten für Versorgungsbetriebe David Boys darum gebeten, etwas gegen diese Pläne zu unternehmen. In einem Treffen mit führenden Regierungsmitgliedern am 19. September in der Landeshauptstadt Abuja warnte Boys die Regierung und die BürgerInnen vor den Risiken, die mit der Privatisierung öffentlicher Betriebe verbunden sind.

Stattdessen forderte er das Land auf, einen nationalen Plan für den Aufbau einer eigenen Stromversorgung zu entwickeln, die sich durch den Einsatz kohlenstoffarmer Technologien und einen universellen Verbraucherzugang auszeichnen könnte. Boys erklärte, Nigeria könne es sich nicht leisten, diese Investitionen in die Energieinfrastruktur des Landes nicht zu tätigen. Die Internationale Energieagentur habe ausgerechnet, so Boys, dass das Land seine eigene Energieversorgung mit weniger als 1% seiner Öleinnahmen finanzieren könnte.

Boys forderte die politische Führung eindringlich auf, nigerianische Ressourcen, nigerianischen Erfindungsreichtum und eigenes Know-how zu nutzen und für Konstruktion, Aufbau und Betrieb eines eigenen Energiesystems einzusetzen. „Sorgen Sie für Transparenz, Rechenschaftspflicht und Partizipation und entziehen Sie so der Korruption die Grundlage“, so Boys. „Arbeiten Sie mit den Gewerkschaften zusammen, die sich hier in diesem Raum befinden, und bauen Sie dieses System gemeinsam auf. Bringen Sie selbst Ihr Haus in Ordnung, verkaufen Sie es nicht“.

„Alle unsere Erfahrungen in armen und in wohlhabenden Ländern zeigen, dass es systemimmanente Probleme gibt, sobald die Elektrizitätswirtschaft in den Händen profitorientierter Akteure ist“, erläutert Boy, „selbst dann, wenn erfahrene, clevere und unabhängige Regulierer mit ins Boot geholt werden.“ Auf der Grundlage von Erfahrungen der IÖD in 250 Ländern sei nicht damit zu rechnen, prognostizierte Boys, dass Nigeria bei einer Privatisierung über eine moderne und zuverlässige Stromversorgung für seine Bevölkerung verfügen werde.

Trotz aller Probleme, die Nigeria mit dem Management seiner bisherigen Energieversorgung habe, liege die Lösung nicht in der Privatisierung des Systems. Das Problem der privatwirtschaftlichen Unternehmen, so erklärte er, sei der Zwang des schnellen Profits. „Diese Gewinne sind in der Energiewirtschaft nicht leicht zu erzielen“, warnte Boys.

Eine Folge dieser einseitigen Ausrichtung auf schnelle Gewinne könnten eine eingeschränkte Energieversorgung ländlicher und ärmerer Gebiete sowie die Weigerung sein, sich an die Umwelt- und Sozialstandards des Landes zu halten. „Es ist klar, dass die Unternehmen nur einen Herrn und Meister haben, und dass sind die Aktienmärkte“, erklärt Boys. „In den Führungsetagen privatisierter Energieversorger sitzen immer häufiger FinanzexpertInnen, die nur an Finanzvorgaben interessiert sind und die über keinerlei Erfahrungen in der Energiewirtschaft verfügen.“

Der Standpunkt der IÖD ist eindeutig – eine qualitativ hochwertige Energie- und Wasserversorgung und auch die Gesundheitsdienste sind Aufgaben des öffentlichen Dienstes. ■

Schlaglicht auf Südafrika



Gemeinsam stark: drei Mitglieder von SAMWU "Ekurhuleni Seven".

Kampagne gegen Korruption

Die südafrikanische Gewerkschaft der Kommunalbediensteten (SAMWU) hat eine nationale Kampagne für die Wiedereinstellung von sieben Beschäftigten der Metropolregion Ekurhuleni gestartet. Sie sind Gewerkschaftsmitglieder und wurden aufgrund ihrer Initiative gegen lokale Korruptionsfälle von ihrem Arbeitgeber entlassen.

In Kwazulu Natal hat sich der *Congress of South African Trade Unions (COSATU)* besorgt über die umfangreiche Korruption gezeigt, auf die IÖD-Mitglieder immer wieder hinweisen. COSATU hat festgestellt, dass „die massiven Ausschreibungsverfahren für kommunale Aufträge in direktem Zusammenhang mit den beiden Grundübeln Korruption und schlechte Dienstleistungen stehen. In den meisten Fällen wird die Vergabe von Dienstleistungen an Fremdunternehmen im Ausschreibungsverfahren dazu genutzt, öffentliche Gelder in die Taschen von Privatunternehmen zu leiten, anstatt sie für die Maximierung des Dienstleistungsangebots zu nutzen.“

Trauer um einen Kollegen

Petros Msiza, 43 Jahre alt und Vertrauensmann der südafrikanischen Gewerkschaft der Kommunalbediensteten, wurde erschossen, als die Polizei am 3. März 2011 während einer friedlichen Demonstration in der Stadt Tshwane das Feuer auf Gewerkschaftsmitglieder eröffnete. Die IÖD hat gemeinsam mit der SAMWU und unseren Mitgliedsgewerkschaften weltweit diese Polizeiaktion verurteilt und eine gerichtliche Untersuchung der gewalttätigen Übergriffe der Polizei gefordert.

Die bei der SAMWU organisierten ArbeitnehmerInnen waren auf die Straße gegangen und protestierten gegen die ohne Absprache von den Arbeitgebern geänderten Arbeitsbedingungen. Sie wollten sich damit auch für ihre örtlichen GewerkschaftsführerInnen einsetzen, die immer öfter das Opfer von Übergriffen werden. Die Antwort der Kommune bestand in der Entlassung von 1.054 Beschäftigten.

Privatisierung des Strafvollzugs findet nicht statt

In einer beispiellosen Kehrtwende hat die südafrikanische Regierung am 26. Oktober 2011 beschlossen, die Vergabe von vier Aufträgen für den Bau von Strafanstalten im Rahmen einer öffentlich-privaten

Partnerschaft zurückzunehmen. Das Kabinett hat ebenfalls einer Überprüfung weiterer ÖPPs in der Strafvollzugsbehörde sowie des ÖPP-Modells generell in allen Regierungsressorts zugestimmt.

Streik im Robben Island-Museum beendet

Nach einem dreiwöchigen Streik, der im Oktober begonnen hatte, sind die gewerkschaftlich bei der *National Health Education and Allied Workers' Union* organisierten ArbeitnehmerInnen wieder an ihre Arbeitsplätze im Robben Island Museum zurückgekehrt. NEHAWU-Provinzsekretär Luthando Nogcinisa erklärte, die Unternehmensleitung habe offenen Verhandlungen über die erheblichen Einkommensunterschiede zwischen Management und ArbeitnehmerInnen zugestimmt.

Vereinbarung im öffentlichen Dienst

Nach langen Verhandlungen des Koordinierenden Verhandlungsausschusses für den öffentlichen Dienst (*Public Services Coordinating Bargaining Council*), an dem die acht IÖD-Gewerkschaften DENOSA, HOSPERSA, NEHAWU, NPSWU, NUPSAW, PAWUSA, POPCRU und SADNU beteiligt sind, konnte endlich eine neue Kollektivvereinbarung abgeschlossen werden. Sie sieht für 2011/2012 eine Lohnerhöhung von 6,8%, eine bessere medizinische Versorgung für ArbeitnehmerInnen mit niedrigen und mittleren Einkommen, eine Verbesserung des Wohneigentumsprogramms und – mit Priorität – eine Überprüfung des Mindestangebots existenzsichernder Dienstleistungen vor. ■



Streiken für gerechten Lohn, Robben Island, Südafrika.

IÖD-Mitglieder mitten



Feiern auf dem Platz Tahrir, 11. Februar, Ägypten.



Protestierende Bürger in Ägypten, von Soldaten umringt, 5. Februar.

Die westlichen Massenmedien waren schnell mit einer einfachen Erklärung für die Volksaufstände im Nahen und Mittleren Osten bei der Hand - der gesellschaftliche Aufbruch dort sei auf die Initiative der jungen Facebook-Generation zurückzuführen.

In Wirklichkeit haben die Medien über die wahren Ereignisse gar nicht berichtet. Es waren unabhängige und der IÖD angeschlossene Gewerkschaften, die dieses Jahr in der arabischen Welt den Aufbruch zu neuen Ufern entscheidend beeinflusst haben. Sie werden nach der Flucht der Diktatoren aus Tunesien und Ägypten auch in Zukunft eine wichtige Rolle beim Aufbau ihrer Gesellschaften übernehmen.

Die Gruppierungen, die jetzt an die Schaltstellen der Macht wollen (und dazu gehört auch die Übergangsmilitärregierung), sind keine Befürworter von Menschen- und Gewerkschaftsrechten. Die Gewerkschaften haben aber ihre Fähigkeit bewiesen, die Menschen auf ein gemeinsames Ziel einzuschwören. Diese Macht werden sie auch weiterhin für das Gemeinwohl einsetzen.

Tunesiens Jasminrevolution

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft war eine treibende Kraft hinter der Jasminrevolution in Tunesien. Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft gelang es in einem beispiellosen Schulterschluss, den Diktator Zine El Abidine Ben Ali zu entmachten.

Kacem Afaya, der Generalsekretär der tunesischen *Fédération Générale de la Santé*, erklärt: „Wir wollen eine gerechte und demokratische Gesellschaft ohne Vetternwirtschaft, Bestechung und Korruption. Das ist unser Ziel.“

Der Übergang in ein neues politisches Zeitalter ist allerdings nicht einfach.

„Der Gewerkschaftsverband war entschieden gegen die erste Regierung, die nach Ben Ali an die Macht gekommen ist“, berichtet Najoua Makhlouf, die Präsidentin des nationalen Frauenausschusses der *Union Générale Tunisienne du Travail* (IÖD-Mitglieds-gewerkschaften sind eine wichtige Stütze des tunesischen Dachverbandes UGTT).

„Diese Regierung war maßgeblich beeinflusst von den Protagonisten der alten Herrscherpartei... In allen Sektoren und Provinzen forderte die Arbeiterbewegung auf der Straße den Rücktritt dieser Regierung“, erinnert sie sich.

„Der Druck der Straße und der ArbeitnehmerInnen hat dafür gesorgt, dass diese Regierung abdanken musste.“

Ende Oktober 2011 fanden in Tunesien die ersten demokratischen Wahlen seit Jahrzehnten statt. Die Ennahda-Partei konnte

die meisten Stimmen auf sich vereinigen, zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Streiks war die verfassunggebende Versammlung noch nicht einberufen worden. Die UGTT bereitet sich ebenfalls auf ihre Wahlen im Dezember vor, wobei die gleichberechtigte Vertretung von Frauen in Führungspositionen des Verbandes ein wichtiges Thema auf der Agenda ist.

ArbeitnehmerInnen überall auf der Welt wissen, dass der Kampf gegen die Bosse und für wirtschaftliche Gerechtigkeit Mut und Solidarität erfordert.

Der Mut und die Solidarität, die im Kampf gegen Diktatoren gebraucht werden und ohne die Freiheit und soziale Gerechtigkeit nicht erreicht werden können, sind nicht hoch genug zu bewerten. Diktatoren haben die Kontrolle über Gerichte, Gefängnisse, Polizei und Armee. Die bewaffneten Kräfte schießen nicht mit Gummigeschossen auf DemonstrantInnen.

Gegen diese Machtkonzentration konnten die DemonstrantInnen, die den Diktatoren im Arabischen Frühling dieses Jahres die Stirn boten, nur ihre eigene Person und die MitstreiterInnen links und rechts an ihrer Seite aufbieten. Oder die Frau vor ihnen in der Hoffnung, dass die Regierungstruppen vielleicht doch Skrupel haben würden, auf Frauen zu schießen.

„Bisher haben uns die Männer immer als zweitklassig angesehen“, meint dazu Nahed Ben Dakhla, ein Mitglied des UGTT-Frauenausschusses.

„Aber in Tunesien und Ägypten haben die Männer gesehen, dass wir an vorderster Front dafür gesorgt haben, dass die Polizei nicht auf uns losgegangen ist.“

„Wir standen zwischen ihnen und der bis an die Zähne bewaffneten Polizei.“

„Infolge der vielen Seite an Seite kämpfenden Männer und Frauen hat die Revolution alles geändert“, erklärt Dakhla. „Für uns gibt es kein Zurück mehr.“

Ägyptens 25. Januar-Revolution

In Ägypten hat sich die Arbeiterbewegung an der Massenbesetzung des Tahrir-Platzes beteiligt, die im Januar begann, sowie an 60 Streiks während der drei Tage vor der Flucht des ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak.

Eine wichtige vorbereitende Maßnahme für diese Aktionen war die Gründung unabhängiger Gewerkschaften, beginnend mit der Gewerkschaft der kommunalen Finanzangestellten RETA, die Mitglied der IÖD ist. Unter dem alten Regime hatte der Ägyptische Gewerkschaftsverband als verlängerter Arm des Staates und Teil des repressiven Apparates ein gesetzliches Monopol auf die gewerkschaftliche Organisierung. Ein dramatischer Sitzstreik der

im Arabischen Frühling



Tunesische Frauen protestieren gegen Angriffe der Salafisten, 3. November.



Demonstration während der Jasminrevolution in Tunesien, 11. Februar.

RETA-Beschäftigten im Jahre 2007, mit dem sie eine Lohnerhöhung von 325% durchsetzen, sprengte diese Ketten. Dieser Sieg war die Basis für die Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft im Jahre 2008 mit 35.000 Mitgliedern.

RETA-Präsident Kamal Abou Aita erzählt: „Am Tag vor der Revolution haben wir gestreikt, und am nächsten Tag waren wir auch auf der Straße. Ich bin davon überzeugt, dass wir eine wichtige Rolle gespielt haben und über die richtigen Druckmittel verfügten, um das Regime in die Knie zu zwingen.“

„Wir haben am 30. Januar die Gründung des Ägyptischen Verbandes unabhängiger Gewerkschaften verkündet. In der ersten Mitteilung unseres Verbandes – damals noch im Schatten des zurückgetretenen Präsidenten – haben wir zu einem Generalstreik in allen Sektoren aufgerufen, um der Revolution in Ägypten mehr Druck zu machen.“

„Unsere Streiks haben das Land lahmgelegt und gemeinsam mit den Initiativen anderer Gruppierungen und hier besonders unserer Jugend dazu beigetragen, dass Mubarak zu diesem Zeitpunkt das Handtuch geworfen hat.“

Gemeinsam haben die unabhängigen Gewerkschaften Ägyptens die derzeitigen Machthaber (den Obersten Rat der Streitkräfte) dazu gezwungen, einen Gewerkschaftskandidaten zum Minister für Arbeit und Immigration zu ernennen. Seither hat das Ministerium zahlreiche unabhängige Gewerkschaften formell zugelassen. Vor der Revolution hat es vier unabhängige Gewerkschaften gegeben, jetzt gibt es im Ägyptischen Verband unabhängiger Gewerkschaften 88 neue Gewerkschaften mit geschätzten 250.000 Mitgliedern.

Ein hochrangiger Armeegeneral hat zugegeben, dass die weit verbreitete Wut der ägyptischen BürgerInnen auf die korrupten Privatisierungsprogramme im Land mit dem Ausverkauf von Staatseigentum im Wert von Milliarden von Dollar an private Hände in den vergangenen Jahren ein brisanter Treibsatz der ägyptischen Revolution war.

Noha Morshed, Vertreterin des RETA-Frauenausschusses, berichtet: „Die Streiks und Proteste unserer Gewerkschaften haben den Weg für diese Revolution vorbereitet. Die Menschen haben erfahren, welche Rechte sie haben, wie man Regierungsmitglieder dazu bewegt, mit den Menschen zu reden.“

„Wir hatten uns lange darauf vorbereitet, am 25. Januar, dem ‚Tag der Polizei‘, auf dem Tahrir-Platz gegen die Aktionen der Polizei in Ägypten und gegen das korrupte Regime zu demonstrieren. Wir wollten soziale Gerechtigkeit und höhere Löhne.“

„Ich muss sagen, wir waren nicht allzu viele. Als die Menschen uns sahen, hielten sie uns zunächst für eine Gruppe von ein paar

Demonstranten, die sich nach kurzer Zeit wieder auflöst. Aber immer mehr Menschen kamen aus allen Vierteln und Straßen Kairo und versammelten sich hinter uns und wollten wissen, was unsere Forderungen seien. Wir erklärten ihnen die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit und dass wir ein Volk und eine Familie seien.“

Noha beschrieb die wichtige Rolle, die die Gewerkschaftsfrauen bei der Revolution vom 25. Januar gespielt haben: „Als Frauen hatten wir in der RETA schon früher Erfahrungen mit Demonstrationen und Protestaktionen auf den Straßen gesammelt. Wir hatten uns daran gewöhnt, an vorderster Front zu stehen.“

„Wir hatten unsere Mütter, Schwestern und Töchter mitgebracht. Die Frauen haben ihren Männern Mut gemacht und ihre Forderungen vorgetragen; wir waren ein Schutzschild gegen die Sicherheitskräfte, die uns die ganze Zeit bedrohten.“

„Als wir sahen, dass die Sicherheitskräfte Menschen angriffen, sind wir aufgestanden, um sie zu beschützen. Wir haben sie mit Wasser versorgt und Decken für die Schlafenden gebracht. Wir hatten Kleinkinder dabei – wenn eine Mutter erschöpft war und sich ausruhen musste, haben andere Mütter für ihr Kind gesorgt. Niemand wusste, wessen Mutter oder Schwester das war; wir waren wie eine große Familie. Wir haben neue Freunde gewonnen, wir haben sie beschützt, und sie uns. Wir gaben ihnen Mut, und sie gaben uns Mut.“

„Das korrupte Regime hat niemandem Redefreiheit gewährt. Es ging einfach nach dem Muster ‚wir hier oben kommandieren und entscheiden, ihr da unten gehorcht‘. Vor der Revolution hatten wir kein Recht auf freie Meinungsäußerung. Unsere Meinungen wurden ignoriert. Jetzt können wir frei sprechen. Wir haben Mubarak und seinen korrupten Premierminister vertrieben.“

Trotz dieser Erfolge gibt es nicht nur positive Nachrichten.

Die ägyptische Übergangsregierung hat im Juni ein Gesetz verabschiedet, das Streiks und Proteste kriminalisiert. Die unabhängigen Gewerkschaften beschreiben dieses Dekret als eine „ernste und besorgniserregende Entwicklung“ mit dem Ziel, die demokratische Revolution zu unterdrücken und die Entstehung einer echten Zivilgesellschaft zu verhindern. Die EFITU hat eine Protestkampagne organisiert, die von IÖD-Mitgliedern weltweit unterstützt werden soll.

Der ägyptischen Übergangsregierung gehören keine Frauen in Schlüsselstellungen an. Hier besteht eindeutig noch viel Handlungsbedarf – es kann keine wirkliche Freiheit ohne die Rechte der Frauen und ohne ihre vollständige Einbindung in das politische und öffentliche Leben geben. ■

Arabischer Frühling: Stimm



Nassira Ghozlane
Generalsekretärin
des Syndicat
National Autonome
des Personnels de
l'Administration
Publique (SNAPAP),
Algerien

Nach den ersten Jugendprotesten in Algerien in diesem Jahr haben wir die Initiative ergriffen und eine Koordinationsstelle für Demokratie und Wandel eingerichtet. Das hat dazu geführt, dass wir die Proteste vom 12. und 19. Februar organisiert haben, die beide von Einsatzkräften der Polizei unterdrückt wurden. Unser Gewerkschaftspräsident wurde dabei verletzt, und andere Gewerkschaftsmitglieder, BürgerInnen und auch ein Mitglied des Parlamentes wurden verprügelt.

Jetzt erweitern wir unsere Koordination auf alle 48 Verwaltungsbezirke und beziehen auch die Basis mit ein. Das Regime reagiert mit noch mehr Unterdrückung, und jede Bürgerbewegung hat größte Schwierigkeiten, etwas zu bewirken. Die Koordinationsstelle hat die Aufgabe, dem algerischen Volk zu erklären, wie diese Situation im Land geändert werden kann.

Wir stellen uns einen kompletten Systemwechsel vor. Das Regime ist mental immer noch den französischen Kolonialherren verbunden. Als diese das Land verließen, haben sie ihren „Ziehsohnen“ an die Macht verholfen. Dieses System, das die gesamten natürlichen Reichtümer des Landes konfisziert hat – genug, um den Völkern des arabischen Maghrebs ein Leben in Würde zu ermöglichen – muss fallen.

FOCUS: Sie nehmen offensichtlich kein Blatt vor den Mund.

N.G.: Nein – das sind meine innersten Überzeugungen.

FOCUS: Haben Sie keine Angst, dass Sie für diese offenen Worte einen hohen Preis bezahlen müssen?.

N.G.: Das spielt keine Rolle... Selbst wenn ich sterbe, gibt es andere, die meinen Platz einnehmen.



Ali Al Hadid
Präsident der
allgemeinen
Gewerkschaft der
Arbeiter in der
Elektrizitätswirtschaft
Jordaniens
(GTUWE)

Wir gehören zum Volk und sehen es als unsere Aufgabe an, nationale Interessen wahrzunehmen. Wir wollen politische Entscheidungen, die den Menschen in Jordanien mehr Freiheiten geben. Wir wollen neue Gesetze, die die Meinungsfreiheit der BürgerInnen sichern. Wir wollen Gesetze und Verordnungen, um die Korruption zu bekämpfen. Wir fordern Wahlgesetze im Interesse einer parlamentarischen Demokratie und Gesetze für die Wirtschaft, die den Lebensstandard unserer ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen generell verbessern. Um diese Ziele zu erreichen, arbeiten wir auch mit anderen Gruppen zusammen.



Howida Makeen
Wissenschaftliche
Mitarbeiterin der
Steuerbehörde, RETA,
Ägypten

Auf dem Tahrir-Platz haben wir gemeinsam als ägyptisches Volk unsere Forderungen gestellt. Am Anfang gab es keine Probleme zwischen Moslems und Christen, aber später haben wir erkannt, dass es Einflussnahme von außen gab, um Konflikte zu provozieren. Das haben wir sofort unterbunden und dafür die Zusammenarbeit und Integration der Menschen unterstützt.

Ich fühle mich jetzt frei. Ich bin Christin und kann mich jetzt frei äußern, was früher nicht möglich war. Ich kann mich jetzt hinstellen und sagen: dies sind meine Rechte.

Meine Persönlichkeit hat sich ebenfalls geändert. Ich bin jetzt bereit, Risiken einzugehen, um etwas zu bewegen. Die Gewerkschaft hat mir Mut und Selbstbewusstsein gegeben und mich gelehrt, meine Meinung frei zu äußern. Ich habe ebenfalls gelernt, meine KollegInnen auf der Arbeit und auch andere Menschen anzusprechen und sie dazu zu bewegen, sich uns anzuschließen zu ihrer aller Nutzen.

Die Gewerkschaft hat mein Leben verbessert und mir zu einem höheren Einkommen verholfen. Und ich habe gelernt, dass das Gewerkschaftssystem wertvolle Dienste für mich leisten kann, z. B. habe ich jetzt eine Krankenversicherung. So Gott will, wird das in Zukunft alles noch viel besser.

Die IÖD war hier auch schon vor der Revolution präsent und hat uns mit konkreten Maßnahmen unterstützt. IÖD-VertreterInnen sind nach Ägypten gekommen oder haben uns zu Konferenzen eingeladen – für uns sehr wichtig, da es in Ägypten keine oder nur sehr wenige Erfahrungen mit Gewerkschaftsarbeit gibt. Hier hatten wir Defizite, und das war vor der Revolution ein Problem. Die IÖD hat uns neue Horizonte eröffnet und neue Perspektiven gezeigt, und wir fordern hiermit die internationale Gemeinschaft auf, uns stärker zu unterstützen.

Die Gewerkschaftsarbeit ist wichtig für die Demokratie. Je mehr Gewerkschaften eine Gesellschaft hat, umso demokratischer ist sie.

nen der Gewerkschaften



Kamal Abbas
Generalkoordinator
des unabhängigen
Zentrums für
Dienstleistungen
für Gewerkschaften
und Arbeitnehmer
(CTUWS), Ägypten

Die Ägypter haben jahrzehntelang Armut und Unterdrückung ertragen müssen. Bei der Revolution ging es um Forderungen nach Brot, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

Ganz sicher hat die unabhängige Gewerkschaftsbewegung (nicht die offiziellen regierungstreuen Gewerkschaften) eine entscheidende Rolle in der Revolution gespielt. Die 3.000 Streiks, die ab Dezember 2006 organisiert wurden bis zum Ausbruch der Revolution, haben zwei Millionen ArbeitnehmerInnen mobilisiert und auch große Teile der ägyptischen Bevölkerung dazu gebracht, auf die Straße zu gehen, zu streiken und zu demonstrieren und sich offensiv für ihre Anliegen einzusetzen.

Keinem Land gelingt der Wechsel zu einer Demokratie ohne den Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung. Unsere Aufgabe besteht jetzt in der Entwicklung einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung im Rahmen eines umfassenden Bündnisses zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft.



**Hussain Raja
Abdelrazak
Alfoqaha'a**
Generalsekretär der
palästinensischen
Gewerkschaft für den
öffentlichen Dienst

Die palästinensische Arbeiterbewegung hat in der arabischen Welt eine lange Tradition und steht in der Bedeutung direkt hinter der ägyptischen Arbeiterbewegung. Ihre Geschichte reicht zurück bis in die 1920er Jahre... Wir haben eine wichtige Rolle bei den Intifadas und im Widerstand gegen die israelischen Besatzer gespielt. Unsere eigentliche Aufgabe sehen wir aber in der Verteidigung der Rechte der ArbeitnehmerInnen, in der Verbesserung ihres Lebensstandards und ihre Organisation in Gewerkschaften zur Verteidigung ihrer Rechte.

Dieser Traum beginnt gerade, Wirklichkeit zu werden: Aufbau einer neuen, auf Solidarität gegründeten Gesellschaft, innerer Frieden, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte.



**Tarek Mustafa
Abelfattah Koueib**
Schatzmeister,
Gewerkschaft
der kommunalen
Finanzangestellten
(RETA), Ägypten

Für die Mitglieder meiner Gewerkschaft ist hier ein lang gehegter Traum in Erfüllung gegangen. Wir in unserer Grundsteuerbehörde waren es, die den ersten Schritt in Richtung Demokratie gewagt haben in der Hoffnung, dass uns das ganze Land folgen wird.

Wir haben als einzige unabhängige und nationale Gewerkschaft eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Arbeitnehmerschaft und bei der Organisation von Streiks in den einzelnen Wirtschaftssektoren gespielt. Uns ging es in erster Linie darum, die Angst in den Köpfen der Menschen zu überwinden.

Unsere Gewerkschaft ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Treffpunkt aller ArbeitnehmerInnen, die ihre eigenen unabhängigen Gewerkschaften gründen wollen. Wir übernehmen die Koordinationsarbeit mit anderen Gruppen, vor allem der Jugend. Jetzt versuchen wir, die Forderungen der ägyptischen Arbeiterklasse zu artikulieren, die sich aus der Revolution vom 25. Januar ergeben.

Im Moment halte ich den Kampf gegen die Korruption für wichtiger als materielle Zugewinne.



Sahar Dessouki
Mitglied des
Frauenausschusses,
Gewerkschaft
der technisch-
medizinischen
Assistenten Ägyptens
(EHTS)

Unsere unabhängige Gewerkschaft war schon vor der Revolution aktiv. Während der Revolution konnten wir als medizinische Assistenten eine besondere Rolle übernehmen, ab 25. Januar haben unsere Mitglieder sowohl auf dem Tahrir-Platz als auch in den Krankenhäusern in Schichtarbeit verletzten Menschen geholfen.

Revolution bedeutet natürlich Gerechtigkeit und Meinungsfreiheit, für Frauen besonders wichtig. Frauen haben an der Revolution teilgenommen, sie sind auf die Straße gegangen, und ihre Meinungen wurden gehört – im Gegensatz zu früher. Wenn jemand früher irgendwann irgendeine Forderung stellte, wurde er ignoriert. Das galt besonders für Frauen.

Frauen schließen sich jetzt den Gewerkschaften an und haben dort eine Stimme. Sie haben die Revolution und die Demonstrationen entscheidend mitbestimmt, jetzt melden sie sich laut und deutlich zu Wort. Für die ägyptischen Frauen ist das eine großartige Leistung.

Tunesien: „Sie versaufen unser Geld!“

Die Mitglieder der tunesischen Gewerkschaft der Landarbeiter haben sich am 2. November an einem Streik und einem Sit-in beteiligt, um gegen die Korruption auf den Führungsetagen der landwirtschaftlichen Genossenschaft zu protestieren und für die Zahlung von teilweise seit 2009 vorenthaltenen Löhnen und Sozialleistungen zu demonstrieren.

Vor einem Getreidespeicher nicht weit von der Stadt Tunis haben mehr als 20 ArbeitnehmerInnen, die seit fast einen Monat streiken, Stellung mit Protestplakaten bezogen. Auf einem war zu lesen: „Die Genossenschaft gehört den Arbeitern und nicht denen, die nur am Profit interessiert sind.“

2006 hatte die Gewerkschaft Entlassungen in acht Kategorien akzeptiert, in erster Linie in Form vorgezogener Ruhestandsvereinbarungen für ArbeitnehmerInnen ab 45 Jahre. Die Regierung hat sich leider nicht an ihren Teil der Abmachungen gehalten und nach Aussage von Nabil Jebnoui, dem Generalsekretär der regionalen Gewerkschaft in Manouba, nichts gegen die Korruption unternommen.

Die Frauen, die ebenfalls in dem Silo arbeiten, haben sich dem Protest angeschlossen. „Hier hat früher immer alles wunderbar funktioniert“, erzählt eine der Sekretärinnen, die nicht namentlich genannt werden will. Früher hätten die Belegschaftsmitglieder einmal im Jahr nach der Ernte eine Gewinnbeteiligungsprämie erhalten. Diese Einmalzahlung konnte durchaus die Höhe des Lohns erreichen. Seit 2009 werden diese Zahlungen in Kleinbeträgen geleistet, die jedoch in den letzten zwei Monaten vollständig ausgeblieben sind.

Die Belegschaftsmitglieder erklärten, sie würden so lange streiken, bis dieser Konflikt gelöst ist, für die ArbeitnehmerInnen wieder normale Arbeits- und Lohnverhältnisse hergestellt sind und etwas gegen die Korruption unternommen wird.

„Dies ist eine unabhängige Gewerkschaft, und die ArbeitnehmerInnen sind es, die hier zählen“, erklärt die Sekretärin, während die Männer die Hymne „Ich opfere mein Blut und meine Seele für dich, meine Gewerkschaft“ anstimmen.

Nach Ansicht des Siloarbeiters Sami Hafidhi muss es in naher Zukunft Refor-



Generalsekretär Hassan Ghodbane von der Gewerkschaft der Landarbeiter mit streikenden ArbeitnehmerInnen in Manouba, Tunesien.

men geben. „Während der Revolution haben wir uns mit unseren Forderungen zurückgehalten in der Erwartung, dass eine neue Regierung sich später damit befassen wird. Die Regierung hat sich aber nicht bewegt, weil sie sich dem Druck der Unternehmen beugt.“

„Wir geben nicht auf“, fügt Hafidhi hinzu. „Wir gehen erst wieder an die Arbeit, wenn eine Lösung gefunden wird.“

Inzwischen veranstalten andere Mitglieder des Gewerkschaftsverbands der tunesischen Landarbeiter ein Sit-in in der Zentrale der landwirtschaftlichen Genossenschaft in der Innenstadt, um Beweisunterlagen über die von ihnen aufgedeckten Korruptionsfälle zu bewachen und um gegen die Entlassung von 300 bis 400 LandarbeiterInnen im ganzen Land zu protestieren.

Der frühere Generaldirektor des Landwirtschaftsministeriums hat angeblich mehr als 10.000 Dinar veruntreut. Die Arbeitnehmer haben deshalb am 14. Oktober Klage erhoben.

„Sie versaufen unser Geld und rauchen dicke Zigarren“, sagt Tarek Slama, die für Betrieb und Wartung des LKW-Fuhrparks zuständig ist. „Der jetzige Chef erklärt, er könne nichts machen, aber wir haben Beweise – man muss sich nur die Bestätigungsvermerke der Abschlussprüfer ansehen. Trotzdem hat sich bisher nichts geändert. Wir fordern, dass die betroffenen Personen die Verantwortung für ihre Taten übernehmen. Die Beweislage belastet sie. Das Büro ist versiegelt, alle Unterlagen befinden sich darin.“

Die ArbeitnehmerInnen möchten, dass ihre Geschichte überall auf der Welt

bekannt wird. Sie wissen, dass die Demokratiebewegung in Tunesien weltweit aufmerksam beobachtet wird und dass in ihrem Land der Traum vom Arabischen Frühling in Erfüllung gehen kann.

„Die Welt soll wissen, dass die Familie und die Verwandten des Ex-Präsidenten das Land verlassen haben“, erklärt Slama. „Aber viele Diebe sind noch hier.“

Der Generalsekretär des Gewerkschaftsverbands der tunesischen Landarbeiter, Hassen Ghodbane, weist darauf hin, dass die LandarbeiterInnen während der Revolution weiter gearbeitet und die Revolution durch die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln unterstützt haben.

Jetzt ist ihre Geduld jedoch erschöpft. Für den 15. bis 17. November ist ein offiziell beantragter und genehmigter Streik geplant, und die Gewerkschaft erwartet eine umfassende Beteiligung ihrer Mitglieder, deren Zahl innerhalb von vier Monaten von 22.000 auf 36.000 gestiegen ist.

„Bei unserer Arbeit gibt es Parallelen zur Landwirtschaft“, sagt Ghodbane. „Erst herrscht Trockenheit, dann regnet es, und danach fängt alles an zu wachsen.“ ■

Dieser Artikel wurde von einem Team des internationalen IÖD-Aktionsforums für gewerkschaftliche Kommunikationsbeauftragte geschrieben, das sich vom 31. Oktober bis zum 4. November 2011 im Land aufgehalten hat. Weitere spannende Berichte, Videos und Fotos unter www.psi-can.org.

Stärkung der Gewerkschaften in der arabischen Welt

IÖD-Mitgliedsgewerkschaften im Nahen Osten und Nordafrika waren und sind maßgeblich an den Bürgerbewegungen beteiligt, die in einigen Ländern der Region bereits zu einem Regimewechsel geführt haben. Um ihre Kommunikationsmöglichkeiten zu unterstützen und zu erweitern, hat die IÖD in Zusammenarbeit mit Mitgliedsgewerkschaften in Tunesien für Anfang November ein fünftägiges Forum für Kommunikationsbeauftragte der Mitgliedsgewerkschaften in Tunis organisiert. Diese praxisorientierte Veranstaltung sollte es den Mitgliedern ermöglichen, eine führende Rolle im Transformationsprozess ihrer Länder zu übernehmen.

„Die IÖD ist davon überzeugt, dass der Aufbau der Kommunikationskapazitäten der Gewerkschaften unverzichtbar ist, wenn grundlegende Rechte der Meinungs- und Informationsfreiheit durchgesetzt werden sollen“, sagt dazu IÖD-Generalsekretär Peter Waldorff. „Auch mehr Pluralismus und Vielfalt in der Medienberichterstattung sowie die Förderung von Transparenz staatlichen Handelns sind davon abhängig.“

Die 50 Kommunikationsfachleute

nahmen an Workshops über Videojournalismus, Fotojournalismus, investigativen Journalismus, Verfassen von Nachrichten und Blogs, Social Media, mobile Nachrichtendienste und Sicherheit teil. Nach Schulungen und Briefings fanden sich die JournalistInnen zu Teams zusammen und bereiteten Berichte über Beschäftigte im öffentlichen Dienst vor, ihre Gewerkschaften, Kampagnen, Herausforderungen und Siege in Tunesien und der Region.

Die Initiative leistete den TeilnehmerInnen ebenfalls Hilfestellung beim Aufbau von Netzwerken mit KollegInnen aus Nachbarländern und aus der ganzen Welt. Diese Netzwerke erleichtern die Zusammenarbeit beim Kampf für Menschen- und Gewerkschaftsrechte, für friedliche demokratische Gesellschaften und für qualitativ hochwertige öffentliche Dienste. Im Rahmen dieses Projekts produzierte Foto-Essays, Nachrichten und Video- und Radioreportagen finden sich auf der IÖD-Website.

Die IÖD vertritt Mitglieder in Tunesien, Algerien, Ägypten, Jemen, Palästina, Kuwait, Jordanien, Libanon, Libyen und Marokko. ■

Ein Journalistenteam der IÖD interviewt GewerkschafterInnen, die gegen Korruption protestieren, Tunis.



Maria Wettnie



www.world-psi.org

Hier das neue IÖD-Logo herunterladen

Verlinkt euren Website mit der IÖD-Website!



In the People's Interest
WORLD 2012
CONGRESS
DURBAN

Alle fünf Jahre findet der Weltkongress der IÖD statt. Er dient als Forum für Diskussionen und für wegweisende Beschlüsse zu unserer zukünftigen Arbeit mit der Perspektive weiterer gewerkschaftlicher Organisationsarbeit. Im Rahmen eines in erster Linie auf Partizipation aufbauenden Formats gelten für den Kongress 2012 folgende Schwerpunkte:

- Ausarbeitung eines effektiven Aktionsprogramms für die Jahre 2013-2017
- Aufbau einer agileren und zukunftsfähigeren Organisation
- Satzungsänderungen
- Informations- und Gedankenaustausch über aktuelle Probleme und beste Praktiken in unseren Sektoren und Regionen

Weitere Informationen auf unserer Website www.world-psi.org

Gewerkschaftsrechte

ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften sind in praktisch jedem Land mit anderen Rahmenbedingungen konfrontiert. Im vergangenen Jahr haben Regierungen überall auf der Welt ihre Attacken gegen freie Kollektivverhandlungen, öffentliche Dienste und Menschenrechte verschärft bis zur Eskalation.

Der Internationale der Öffentlichen Dienste registriert diese Angriffe und bietet Solidarität und Unterstützung für die IÖD-Gewerkschaften, die die Rechte und Interessen ihrer Mitglieder verteidigen. Einige dieser Konflikte sind nachstehend beschrieben.

AFRIKA

ALGERIEN

De Übergriffe gegen Gewerkschaftsmitglieder und MenschenrechtsaktivistInnen verschärfen sich. Von Polizeikräften angestiftete Wandalen bewerfen protestierende Gruppen und Gewerkschaftsbüros mit Steinen. Es hat einen glücklicherweise gescheiterten Versuch gegeben, den Generalsekretär der IÖD-Mitgliedsgewerkschaft *Syndicat National Autonome des Personnels de l'Administration Publique* (SNAPAP), Rachid Malaoui, kurz vor seinem geplanten Treffen mit einem UN-Sonderberichterstatter zu ermorden. Bei dem Gespräch ging es um menschenwürdige Unterkünfte. Malika Falil von der SNAPAP wurde während der Teilnahme an einem Sit-In verhaftet. Die Polizei hat sogar den Vermieter des SNAPAP-Büros unter Druck gesetzt und ihn aufgefordert, der Gewerkschaft zu kündigen. Die Polizei behauptet, sie habe auf oberste Anweisung des Präsidentenbüros gehandelt, das eine Beendigung der gewerkschaftlichen Arbeit der SNAPAP und die Plünderung ihrer Büros angeordnet habe.

BOTSWANA

Nachdem infolge eines dreijährigen Lohnstopps die ausgezahlten Löhne nicht einmal mehr für den Lebensunterhalt reichten, riefen die Mitglieder von IÖD-Gewerkschaften im April den Streik aus. Die Regierung reagierte darauf mit der Entlassung von Hunderten von ArbeitnehmerInnen, der Verhaftung von GewerkschaftsführerInnen sowie mit gewaltsamen Aktionen und Einschüchterungsversuchen gegenüber den Gewerkschaften.

ÄGYPTEN

Im Juni hat das ägyptische Übergangskabinett Streiks, Proteste und Sit-Ins zu kriminellen Akten erklärt, weil sie die Wirtschaft schädigten. Dies ist ein eindeutiger Verstoß gegen internationale Normen, zu deren Einhaltung sich die Übergangsregierung verpflichtet hatte. Die Regierung hat sich geweigert, Verhandlungen mit dem IÖD-Mitglied *Egyptian Health Technologists Syndicate* (EHTS) aufzunehmen. Die IÖD hat an den amtierenden Premierminister Dr. Essam Sharaf ein Schreiben gesandt und die Regierung aufgefordert, etwas gegen die wachsenden Spannungen im Land zu unternehmen und ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, darunter Achtung der Gewerkschaftsrechte und der Grundfreiheiten.

MALAWI

In Juli wurden friedliche Proteste gegen die sich verschärfende Wirtschaftslage von der Polizei mit Gewalt zerschlagen, 19 Menschen kamen dabei ums Leben. Abgesehen von explodierenden Lebenshaltungskosten, Benzinknappheit und Devisenmangel protestierten die Menschen auf der Straße auch gegen Gesetzesentwürfe, die ihnen das Recht auf Meinungsfreiheit und sonstige Bürgerrechte entziehen würden.

NIGERIA

Die National Union of *Electricity Employees* (NUEE) bedauert die Entscheidung der nigerianischen Regierung vom 14. November, überall im Land öffentliche Stromversorgungsbetriebe von Armee-truppen besetzen zu lassen. Sie beschreibt diese Maßnahme als unrealistisch angesichts der Tatsache, dass nach wie vor Gespräche über die Privatisierung der *Power Holding Company of Nigeria* (PHCN) geführt werden.

Die Gewerkschaft hat ihre Mitglieder aufgefordert, mit friedlichen Demonstrationen überall im Land gegen die militärische Besetzung der öffentlichen Versorgungsunternehmen zu protestieren.

NUEE-Präsident Mansur Musa erklärt, mit den friedlichen Protestmärschen solle auch gegen die seit Juni verweigerte Zahlung einer Lohnerhöhung von 50% sowie gegen Schikanen von Gewerkschaftsmitgliedern durch Sicherheitsbeamte protestiert werden.

„Sie haben unsere Mitglieder völlig willkürlich verhaftet und wieder freigelassen, das kann so nicht weitergehen“, berichtet Musa. „Wir werden so lange friedlich weiterprotestieren, bis die Soldaten wieder abziehen.“

Musa bestreitet die Behauptung der Re-

gierung, dass die Truppen die Anlagen in den Kraftwerken gegen Terrorangriffe der islamischen Sekte *Boko Haram* schützen sollen.

Die Gewerkschaft unterstellt vielmehr, dass die Regierung das Militär einsetzt, um die Privatisierung der PHCN abzuschern.

TUNESIEN

Anfang des Jahres wurden friedliche Demonstrationen brutal niedergeknüpelt, es kam zu Toten und Verletzten. Die IÖD hat Präsident Zine el-Abidine Ben Ali aufgefordert, die inhaftierten Personen freizulassen und einen Dialog mit allen Sozialpartnern zu beginnen.

SWASILAND

Im April fanden in Swasiland überall Massendemonstrationen für Demokratie statt, da das Land seinem Bankrott aufgrund des eklatanten Missmanagements des herrschenden Regimes entgegensteuert. Diese Elite ist in den vergangenen Jahren immer reicher geworden, während das Volk zunehmend verarmt ist. Die Behörden in Swasiland haben den Aufstand vom 12. April mit brutaler Gewalt niedergeschlagen, Hunderte GewerkschaftsführerInnen und friedliche DemonstrantInnen wurden verhaftet. Berichten zufolge wurden die inhaftierten Personen misshandelt und gefoltert.

ASIEN-PAZIFIK

AUSTRALIEN

Die Regierung von New South Wales hat ein Gesetz verabschiedet, das den Beschäftigten im öffentlichen Sektor de facto jede Kollektivverhandlung untersagt. Mehr als 40.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst von New South Wales und alle IÖD-Mitglieder in NSW gingen am 8. September in Sydney auf die Straße und gaben damit den Startschuss für die Gewerkschaftskampagne gegen die vom Staat geplanten Einsparmaßnahmen in diesem Sektor und gegen die neuen Gesetze, die den Beschäftigten im öffentlichen Dienst das Recht auf Kollektivverhandlungen vorenthalten wollen.

FIDSCHI

Die Übergangs-Militärregierung der Republik Fidschi ignoriert ihre Verpflichtungen als Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation und hat ein vom Staat finanziertes Programm zur Unterdrückung der ArbeitnehmerInnen und der Gewerkschaften aufgelegt, das teilweise auf rohe Gewalt setzt, teilweise auf gesetzliche Winkelzüge. Die extre-



Solidarisch mit ArbeitnehmerInnen in Fidschi, APRECON 2011, Australien.

men Aktionen der Regierung haben fast zur Zerschlagung der Gewerkschaften im öffentlichen und privaten Sektor geführt, auf jeden Fall aber zu ihrer signifikanten Schwächung. Die Attacken beinhalten körperliche Gewalt, schwerwiegende Beeinträchtigungen der Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf Kollektivverhandlungen sowie die Abschaffung des bisherigen automatischen Einzugsystems der Beiträge für die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors.

SÜDKOREA

Die Regierung hat fast 1.400 Beschäftigte und LehrerInnen im öffentlichen Dienst strafrechtlich verfolgt, weil sie bestimmte politische Parteien entweder unterstützt oder kritisiert haben. Tausende weitere Personen sehen Verurteilungen und gerichtlicher Verfolgung entgegen. Viele der Opfer sind Mitglieder der *Korean Government Employees Union* (KGEU), die der IÖD angeschlossen ist. Darüber hinaus weigert sich die Regierung weiterhin beharrlich und ohne Rechtsgrundlage, die KGEU offiziell anzuerkennen. Sie stellt ihren Rechtsstatus in Frage und ergreift grundlose Disziplinarmaßnahmen gegen Gewerkschaftsmitglieder einschließlich Entlassungen.

INTERAMERIKA

ECUADOR

Hunderte von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes marschierten am 5. August 2011 in den Straßen von Quito als Teil einer großen Delegation zum Verfassungsgericht von Ecuador.

Die Führungsspitzen zahlreicher IÖD-Mitgliedsgewerkschaften haben beim

Verfassungsgericht Klage gegen ein vor kurzem von Präsident Rafael Correa erlassenes Dekret erhoben, das den Beschäftigten im öffentlichen Dienst finanzielle Einbußen bei der Altersversorgung abverlangt. Nach Ansicht der Gewerkschaften ist dies verfassungswidrig. Der Erlass könnte die Beschäftigungssicherheit von ca. 300.000 ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst beeinträchtigen.

„Die arbeitnehmerfeindliche Politik in Ecuador ist für uns nicht akzeptabel“, erklärt Messiah Tatamux, Präsident einer umfassenden Gewerkschaftskoalition. *„Wir wollen Demokratie in diesem Land, und das bedeutet auch Respekt vor den ArbeitnehmerInnen und ihrem Recht auf Selbstbestimmung, gewerkschaftliche Organisation und Kollektivverhandlungen.“*

PANAMA

Die Einschüchterung von Gewerkschaftsmitgliedern und der exzessive Polizeieinsatz gehen weiter. Die IÖD hat ihre Sorgen dem Präsidenten Ricardo Martinelli in einem Schreiben mitgeteilt und die Regierung nachdrücklich aufgefordert, mit dem sozialen Dialog zu beginnen.

VEREINIGTE STAATEN

Zwar haben die Angriffe gegen die Gewerkschaftsmitglieder und auf ihr Recht auf Kollektivverhandlungen in Wisconsin für die meisten Schlagzeilen gesorgt, ähnliche Gesetze wurden aber auch in zahlreichen anderen Bundesstaaten wie Colorado, Indiana, Iowa, Michigan, New Mexico, Ohio, Oklahoma und Tennessee eingeführt. Diese Angriffe wurden von Gewerkschaften in aller Welt verurteilt, darunter auch die IÖD und ihre Mitglie-

der, die Protestaktionen der Basis unterstützt haben. Amnesty International bezeichnete die Angriffe als einen Verstoß gegen internationales Recht. *„Die USA haben die Pflicht, die Rechte der amerikanischen ArbeitnehmerInnen zu schützen – dazu gehören speziell auch das Recht auf gewerkschaftliches Organisieren und auf Kollektivverhandlungen“*, erklärt dazu Shane Enright von Amnesty International. Trotzdem haben die Gesetzgeber in 37 Bundesstaaten hunderte von gewerkschaftsfeindlichen Gesetzesentwürfen eingebracht.

EUROPA

TÜRKEI

Die Stadtverwaltung von Istanbul hat ArbeitnehmerInnen unter Druck gesetzt, damit sie ihre Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft *Belediye-İş* aufgeben und sich statt dessen einer anderen Gewerkschaft anschließen. IÖD, EGÖD und ICEM haben die Regierung nachdrücklich aufgefordert, ihre Weisungsbefugnis gegenüber der Stadtverwaltung zu nutzen und alle gegen die Mitglieder von *Belediye-İş* eingesetzten Machenschaften, die sie zu einem Austritt aus der Gewerkschaft veranlassen sollen, zu stoppen.

Die Arbeitsgesetze in der Türkei wurden nach dem Militärputsch vom 1980 erlassen. Drei Jahrzehnte später entsprechen diese Gesetze immer noch nicht den internationalen Konventionen, die die Türkei unterzeichnet hat.

Chidi King ist IÖD-Referentin für Gleichstellung und Gewerkschaftsrechte.



Gleichstellung und menschenwürdige Arbeit auf dem Vormarsch

Die 55. Sitzung der UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau fand vom 22. Februar bis zum 4. März mit umfangreicher Gewerkschaftsbeteiligung in der UN-Zentrale in New York statt.

Delegationen der Internationale der Öffentlichen Dienste, der Bildungsbund, des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Internationalen Transportarbeiterföderation haben dafür gesorgt, dass die Standpunkte der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften in der abschließenden Erklärung der Sitzung berücksichtigt wurden.

Die Gewerkschaften wollten ebenfalls dauerhafte Kontakte mit der neuen UN-Behörde UN Women herstellen, die für die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung zuständig ist.

Die Gewerkschaftslobbies konnten ihre Standpunkte gegenüber einer Reihe von Regierungen aus Ländern wie Kanada, den USA, Schweden, Brasilien und der EU darlegen. Ihre Vorlagen und Arbeit waren insofern erfolgreich, als die „vereinbarten Schlussfolgerungen“ die Bedeutung der IAO-Übereinkommen als Teil des normativen Rahmens für Geschlechtergleichstellung, Weiterbildung und Förderung menschenwürdiger Arbeit für Frauen bestätigten.

Die Gewerkschaften haben besonders die Schlussfolgerungen begrüßt, die Bildung als ein Menschenrecht bekräftigen; sich auf die Geschlechtergleichstellung verpflichten; die Aufteilung familiärer Aufgaben als gemeinsame Pflicht definieren; geschlechtsspezifische Gewalt in Schulen und am Arbeitsplatz mit Sorge registrieren; und es als Aufgabe der Politik ansehen, den besonders Frauen betreffenden Mangel an menschenwürdigen Arbeitsplätzen zu beheben und das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu verringern.

Das Prioritätsthema für die nächste Sitzung der Kommission, die Anfang 2012 stattfinden soll, lautet *„mehr Selbstbestimmung für Frauen in ländlichen Gebieten und ihre Rolle bei der Bekämpfung von Armut und Hunger, in der Entwicklungsarbeit und bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen.“*

Die IÖD setzt sich für bessere physische und soziale Infrastrukturen in ländlichen Gemeinden ein, dazu gehören eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, sanitäre Einrichtungen, Versorgungsbetriebe und der Zugang zu öffentlichen sozialen Sicherungssystemen. ■

Chidi King ist die IÖD-Referentin für Gleichstellung und Gewerkschaftsrechte.

Grundlegende Arbeitnehmerrechte für Hausangestellte



Gewerkschafterinnen auf der Internationalen Arbeitskonferenz der IAO, Genf, Schweiz.

Vom 1. bis zum 17. Juni fand in Genf die 100. jährliche Internationale Arbeitskonferenz unter Beteiligung von Regierungs-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerdelegierten aus allen Mitgliedsländern der Internationalen Arbeitsorganisation statt.

Die Konferenz hat das erste IAO-Übereinkommen über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte angenommen. Das Übereinkommen stellt fest, dass die geschätzten 53 Millionen Hausangestellten weltweit Anspruch auf die gleichen grundlegenden Arbeitnehmerrechte haben wie alle anderen ArbeitnehmerInnen auch. Das beinhaltet die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen, angemessene Arbeitszeiten, wöchentliche Ruhezeiten und klare Informationen über die Arbeitsbedingungen.

Die IÖD hat eng mit anderen globalen Gewerkschaften und der IAO zusammengearbeitet und in ausführlichen Diskussionen die Vorarbeit für dieses Übereinkommen geleistet.

Damit dieses Übereinkommen Geltung bekommt, muss es noch von den Ländern ratifiziert werden. Dies wird die nächste Herausforderung sein – trotz einer umfassenden Unterstützung der Regierungen bei der Annahme des Übereinkommens hat eine signifikante Anzahl von Staaten besonders innerhalb der europäischen Union bereits signalisiert, dass sie es voraussichtlich nicht ratifizieren werden. ■



Gewerkschaftsforum für sexuelle Vielfalt und Rechte

Das dritte gemeinsame Forum für sexuelle Vielfalt und Rechte unter der Schirmherrschaft der IÖD und der Bildungsinternationale besuchten 150 Delegierte aus 45 Ländern, darunter auch VertreterInnen von Organisationen der Zivilgesellschaft. Juneia Batista, stellvertretende Vorsitzende des IÖD-Weltfrauenausschusses, beteiligte sich am Vorsitz des im Juli in Kapstadt, Südafrika veranstalteten Forums.

Den Delegierten war bewusst, dass in einer von Finanzkrisen heimgesuchten Welt die Ungleichheiten zunehmen und die Rechte von Minderheiten wie lesbischen, schwulen, bisexuellen und transsexuellen Mitgliedern (LGBT) zunehmend gefährdet sind.

Auf der anderen Seite konnten die Delegierten aber auch feststellen, dass der kontinuierliche Kampf der Gewerkschaftsbewegung für die Rechte dieser „Regenbogenfraktion“ auch Fortschritte bewirkt. Es gibt heute immer bessere Möglichkeiten, LGBT-Themen und die Rechte dieser Gruppierungen in die programmatischen Ziele der Gewerkschaften zu integrieren. Es wird den LGBT-Mitgliedern mehr Raum gegeben, sich auszutauschen, Strategien zu entwickeln, Erfolge zu feiern und Probleme zu erörtern. Immer mehr FunktionärInnen und AktivistInnen reden offen über LGBT-Rechte als Arbeitnehmer- und Menschenrechte – auch in Ländern, in denen die juristische und gesellschaftliche Basis für diese Mitglieder nicht besonders weit entwickelt ist.

Das Forum hat eine Reihe von Empfehlungen für die Vorstände von IÖD und BI verabschiedet, darunter die Möglichkeit, sich an internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und die IAO zu wenden, Bündnisse mit Organisationen der Zivilgesellschaft einzugehen, das Thema sexuelle Vielfalt in die Kampagne „Qualitativ hochwertige öffentliche Dienste – jetzt handeln!“ zu integrieren und Möglichkeiten für die Weitergabe von Informationen zwischen den Mitgliedern einzurichten. ■



LuTactum
"Occupy Earth"-Demonstration, Washington, DC.

Klimagipfel: Prioritäten der Gewerkschaften

Diesmal steht für die EntscheidungsträgerInnen auf der 17. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention (COP 17), die vom 28. November bis zum 9. Dezember in Durban, Südafrika stattfindet, viel auf dem Spiel. Zum einen laufen die 1997 im Kyoto-Protokoll festgelegten Emissionsziele im Jahr 2012 aus, zum anderen steht im Juni 2012 mit dem Erdgipfel RIO+20 eine weitere Klimakonferenz auf dem Programm.

Während sich die Staats- und Regierungschefs weltweit auf die Verhandlungen vorbereiten, legen sich die Gewerkschaftsmitglieder in diversen Konferenzen und Tagungen auf dem gesamten Globus auf ihre Top-Prioritäten fest. Am 1. September hat sich die COP 17-Präsidentin und südafrikanische Ministerin für Internationale Beziehungen und Kooperation, Maite Nkoana-Mashabane, mit einer Reihe von GewerkschaftsvertreterInnen des Dachverbandes *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) und der *Federation of Unions of South Africa* (FEDUSA) getroffen. Die Ministerin habe die Hoffnung, so erklärte sie, dass die Gewerkschaften in Durban eine wichtige Rolle übernehmen werden: „Wir sind der Meinung, dass die Menschen, die sich an den Klimawandel anpassen müssen, in erster Linie die ArbeitnehmerInnen selbst sind.“

Fachleute haben darauf hingewiesen, dass die bisherigen Klimagespräche nicht zuletzt auch daran gescheitert sind, dass der Wirtschaft und der Arbeitnehmerschaft keine formelle Rolle zuerkannt wurde. Auch auf offizieller staatlicher Ebene wächst aber die Erkenntnis, dass diesen beiden Gruppierungen wichtige Aufgaben zukommen, wenn es um Klimaschutzmaßnahmen (Verringerung der Kohlenstoffe-

missionen) und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel und die damit einhergehenden unvermeidbaren Veränderungen geht.

Die IÖD unterstützt sowohl Klimaschutz- als auch Anpassungsmaßnahmen als Top-Prioritäten. Zum Klimaschutz gehören innovative Techniken im Bereich Produktion, Übertragung, Verteilung und Transport. Die Anpassung an den Klimawandel betrifft auch Noteinsatz- und Gesundheitsdienste, die sich auf die Auswirkungen extremer Klimaereignisse und steigender Temperaturen weltweit auf Menschen und Infrastrukturen einstellen müssen.

Vom 3. bis 5. September fand in Bonn, Deutschland die 64. jährliche UN DPI/NGO-Konferenz statt, auf der es ebenfalls um Klimawandel und Arbeitnehmerfragen ging. Die Delegierten sprachen über nachhaltige Entwicklung und mögliche Ergebnisse der RIO+20-Konferenz. Die UN DPI-Konferenz schloss mit dem Hinweis auf eine Reihe Prioritäten der ArbeitnehmerInnen, darunter ökologische und menschenwürdige Arbeitsplätze, Sozialschutz und die Finanztransaktionssteuer, die zur Minderung der CO₂-Emissionen in Entwicklungsländern verwendet werden könnte. ■

Anabella Rosemberg, Umweltreferentin, Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB)

APRECON 2011: Der Mensch zuerst – kein Menschenrechte und men



IÖD

Delegierte auf der IÖD-Regionalkonferenz Asien und Pazifik, Sydney, Australien.



KHMU

Solidaritätsbotschaften aus Asien und Pazifik.

Die Internationale der Öffentlichen Dienste hat vom 17. bis 21. Oktober 2011 in Sydney, Australien, ihre 12. Asiatisch-Pazifische Regionalkonferenz veranstaltet. Mehr als 200 Delegierte aus 22 Ländern haben sich dort getroffen, um über öffentliche Dienste und Gewerkschaftsrechte zu sprechen. Das Thema der Konferenz lautete „Der Mensch zuerst – qualitativ hochwertige öffentliche Dienste sind unverzichtbar.“

Eine Reihe von Workshops befasste sich mit einer Vielzahl von Themen, darunter die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Frauen, der Zusammenhang zwischen dem zunehmenden Anteil prekärer Arbeitsverhältnisse und der Privatisierung öffentlicher Dienste, die Aufgabe öffentlicher Dienste bei der Katastrophenvorsorge und dem Wiederaufbau am Beispiel Japan, Australien und Neuseeland, und Wege zur Förderung von Gewerkschaftsrechten in Ländern wie Fidschi, Korea und Indonesien.

Die Delegierten leisteten Beiträge zu einem fünfjährigen Aktionsplan der IÖD in der Region Asien-Pazifik. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Verbesserung der Finanzierung öffentlicher Dienste durch ein gerechteres Steuersystem – dazu gehören auch eine Steuer auf Finanztransaktionen, die Bereitstellung menschenwürdiger fester Arbeitsplätze anstelle schlecht bezahlter prekärer Beschäftigung, die Umkehr des Trends zur Privatisierungen durch die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Werts öffentlicher Dienste und die Verteidigung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten.

„Wir glauben, dass qualitativ hochwertige öffentliche Dienste die Grundlage für die demokratische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung von Nationen, für das Wohlergehen der BürgerInnen und für den Schutz der Umwelt sind“, erklärte dazu IÖD-Generalsekretär Peter Waldorff. „Hochwertige öffentliche Dienste sind eine Grundvoraussetzung für Fairness, Gleichstellung und Chancengleichheit besonders für Frauen.“

Verzicht auf hochwertige öffentliche Dienste! *schenwürdige Arbeit in Asien-Pazifik*



Netzwerk für junge ArbeitnehmerInnen in Asien und Pazifik.

Die Diskussionen auf der Konferenz haben exemplarisch gezeigt, dass die meisten Länder keine Haushaltsdefizite hätten und auch das Angebot öffentlicher Dienste nicht einschränken müssten, wenn verantwortungslose Konzerne und die Superreichen in die Verantwortung genommen und ihren gerechten Anteil an der Steuerbelastung tragen würden. Weniger öffentliche Dienste bedeuten auch weniger Möglichkeiten für die Erwerbstätigen und ihre Familien. Studien haben gezeigt, dass bei einer Privatisierung öffentlicher Dienste der Wohlstandstransfer von den BürgerInnen auf private Unternehmen mit dem Verlust demokratischer Rechenschaftspflichten und Transparenz, Qualitätsverlusten und einem schlechteren Zugang zu Dienstleistungen verbunden ist.

„Wir leben in wahrhaft schwierigen und unwürdigen Zeiten. Die jahrelang von Konzernen bestimmte Globalisierung und ein ungezügelter Kapitalismus mit Liberalisierung und Privatisierung haben uns eine Krise nach der anderen beschert, wobei diejenigen unter uns, die keine Lobby haben und ohnehin an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, den größten Teil der damit verbundenen Last tragen müssen“, erzählt Annie Geron, PSLINK-Generalsekretärin und Ko-Vorsitzende des Regionalvorstandes Asien-Pazifik. „Unsere bisherigen Entwicklungsmodelle haben nur zu immer mehr Ausgrenzung, Armut, Zwangsmigration, prekärer Arbeit und zum Klimawandel geführt. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel. Wir brauchen Alternativen. In diesem Kampf für eine bessere Welt können die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors eine entscheidende Rolle spielen.“

„Wir müssen ein neues Paradigma entwickeln. Investitionen in öffentliche Dienste sollten Priorität über Investitionen in den Kasino-kapitalismus haben. Das Fukushima-Erdbeben hat uns gezeigt, wie wichtig öffentliche Dienste im Katastrophenfall sind“, erklärte dazu Hideaki Tokunaga, JICHIRO-Präsident und APEC-Ko-Vorsitzender. ■



Indah Budiarti
Taupisoletoga Faamau, SPSA, Samoa, und Sundari Tiruppattur Venkatarao, AIAIASP, Indien.

In öffentliche Dienste investieren -

Anlässlich des IAO-Welttages für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit am 28. April 2011 hat die IÖD in einem Manifest der zahllosen ArbeitnehmerInnen gedacht, die bei Unfällen und Katastrophen bei der Rettung anderer Menschen verletzt wurden oder ihr Leben verloren haben. Diese Erklärung hat die Vereinten Nationen sowie die zuständigen UN-Organisationen, Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen ebenfalls aufgefordert, Gewerkschaften zu konsultieren und global mit ihnen zusammenzuarbeiten, um den Katastrophenschutz sowie Infrastrukturen und Maßnahmen zur Bewältigung von Katastrophen auf regionaler und nationaler Ebene zu verbessern und dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten in Noteinsatzdiensten gut ausgebildet und für alle Eventualitäten gut ausgerüstet sind.

Das Personal des öffentlichen Dienstes ist im Krisenfall oft als gut ausgebildeter Erstversorger im Einsatz. Die MitarbeiterInnen von Noteinsatzdiensten, Gesundheitsversorgung und Wasser- und Energieversorgung riskieren oft an vorderster Front für ihre Gemeinden Gesundheit und Leben. Investitionen in ein gutes Regelwerk für die öffentliche Sicherheit, in gut ausgebildete und ausgerüstete ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst und qualitativ hochwertige öffentliche Dienste sind der Schlüssel zu leistungsfähigen Notfallplänen und Maßnahmen zur Risikoverminderung, Risikobewältigung und Wiederaufbau. Wenn Baunormen eingehalten werden, lassen sich bei Erdbeben unnötige Verletzungen und Todesfälle vermeiden. Eine intelligente Stadtplanung kann die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken verringern, und ein gut ausgebildeter Mitarbeiterstab im öffentlichen Dienst sowie leistungsbereite Noteinsatz- und Gesundheitsdienste können den Menschen während und nach einer Krise helfen.

Betreuung der ArbeitnehmerInnen beim Wiederaufbau Japans

Die Beschäftigten des japanischen öffentlichen Dienstes arbeiten hart am Wiederaufbau der bei dem verheerenden Erdbeben und dem Tsunami am 11. März 2011 an der Ostküste zerstörten Gemeinden. Die Flutwelle führte ebenfalls zu der Kernschmelze in den Reaktorblöcken des Kernkraftwerks Fukushima Daiichi.

Die japanische IÖD-Mitgliedsgewerkschaft JICHIRO (Japanischer Verband der Gewerkschaften der Stadt- und Regionalverwaltungen) hat ein dreimonatiges Intensivhilfeprojekt durchgeführt und insgesamt 2.700 Hilfskräfte in das Katas-



Öffentliche Rettungsdienste im Einsatz nach dem Erdbeben und Tsunami in Japan.

trophengebiet entsandt, die dort bis Ende Juni 19.000 Mannstunden Arbeit geleistet haben.

Der Wiederaufbau katastrophensicherer öffentlicher Dienste war der Schwerpunkt dieser Initiative. Im Allgemeinen organisieren die örtlichen Verwaltungen Nothilfe- und Wiederaufbauprojekte, dies war jedoch aufgrund der hohen Verluste bei den MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes in diesem Fall nicht möglich. Zusätzlich hat JICHIRO auf die konkrete Notlage der Opfer reagiert, die Lebensmittelversorgung übernommen, Notunterkünfte organisiert und bei der Überwindung bürokratischer Hürden und dem Ausfüllen von Anträgen usw. geholfen.

Die psychologische Betreuung sowohl der Opfer als auch der Rettungsmannschaften wird ebenfalls inzwischen als eine wichtige Aufgaben angesehen. JICHIRO-Präsident Hideaki Tokunaga erklärt: „Die MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes sind zunehmend erschöpft. Sie haben keine Gelegenheit, sich zu erholen, obwohl sie selbst zu den Opfern gehören.“

Am 29. Mai hat die Abteilung für Kinderbetreuung der Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst in Sendai ein Symposium mit dem Titel Erdbeben und psychologische Betreuung von Kindern veranstaltet, auf dem über die Schicksale betroffener Familien in den Katastrophengebieten berichtet wurde. Dabei wurde deutlich, dass eine psychologische Betreuung nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens möglich ist und dass auch die Rettungs- und Hilfskräfte psychologische Unterstützung brauchen.

Tokunaga berichtete über die immense Belastung von Feuerwehrleuten und anderen Einsatzkräften, die mit der schwierigen Aufgabe der Bergung von Leichen betraut werden, und wies noch einmal auf die wichtige psychologische Betreuung hin. Ebenso wichtig sind gesundheitliche Untersuchungen der Einsatzkräfte sowie eine angemessene finanzielle Entschädigung für diese kräftezehrende Arbeit.

Das Verbindungsbüro der Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat eine Broschüre für diejenigen veröffentlicht, die 1.000 Stunden Katastropheneinsatz nach dem Tohoku-Erdbeben 2011 und dem Tsunami geleistet haben. Die Broschüre gehört zur Pflichtlektüre aller Personen, die nach Katastrophen und Unfällen zum Einsatz kommen.

Tokunaga wies ebenfalls darauf hin, dass die Kürzungen im öffentlichen Dienst eine adäquate Krisenbewältigung verhindern haben. „Als wir Hilfe von nicht betroffenen Gemeinden angefordert haben“, so erklärt er, „gab es dort nicht die finanziellen und personellen Ressourcen, um uns Beistand zu leisten.“ Besonders schwierig sei es gewesen, gut ausgebildete Fachkräfte im Bereich der Krankenpflege und der Kinderbetreuung zu finden.

In Japan gibt es noch viel Arbeit für die Hilfskräfte. Die MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes sind weiterhin beim Wiederaufbau im Einsatz und versuchen gleichzeitig, das gesamte Land und die japanische Gesellschaft auf traditionelle Tugenden wie Solidarität und gegenseitige Unterstützung einzuschwören. Die IÖD-Mitglieder weltweit unterstützen diese Initiative.

vor der Katastrophe!



JICHIRO

Solidarität mit den Opfern in Neuseeland und Australien

Neuseeland erlebte eine schwere Naturkatastrophe, als die Stadt Christchurch am 22. Februar 2011 von einem heftigen Erdbeben erschüttert wurde. Mehrere hundert Menschen verloren ihr Leben, zahlreiche Gebäude wurden zerstört. Der IÖD-Hilfsfonds stellte eine Summe von €20.000 zur Verfügung. „Wir sind beeindruckt vom mutigen Eingreifen der Noteinsatzdienste“, berichtete IÖD-Generalsekretär Peter Waldorf. „Das gilt auch für die zahlreichen Freiwilligen und MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes, die unermüdlich im Rettungseinsatz waren und die Menschen in

jeder denkbaren Form unterstützt haben.“

In Australien kam es im Januar in Queensland zu einer schweren Flutkatastrophe. Tausende von Staatsbediensteten waren rund um die Uhr im Einsatz, um Menschenleben zu retten, Obdachlosen zu helfen und die öffentliche Infrastruktur zu bewahren. Nationalsekretärin Nadine Flood von der IÖD-Mitgliedergewerkschaft *Community and Public Sector Union* erklärte: „Unsere Mitglieder stehen voll und ganz hinter den existenzsichernden Dienstleistungen, die sie während einer Naturkatastrophe erbringen. Und sie sind stolz darauf, dass sie auch beim Wiederaufbau eine so wichtige Rolle übernehmen.“ ■

Solidarität praktisch – Neubau für den Dachverband CSTP Haiti

Im März 2011 besuchte eine Delegation der *Canadian Union of Public Employees* (CUPE) und der *Public Service Alliance of Canada* (PSAC) Haiti, um dort den ersten Spatenstich für den Neubau des Büros der dortigen Schwesterorganisation zu setzen.

Die frühere Zentrale des CSTP, eines Dachverbandes für zwölf Gewerkschaften des öffentlichen und privaten Sektors Haitis, wurde am 12. Januar 2010 bei dem großen Erdbeben zerstört, das auf der Insel verheerende Verwüstungen angerichtet hat. Der CSTP hat seine Zentrale danach in einem Zelt einrichten müssen.

Der Bau neuer Bürogebäude wird von den IÖD-Mitgliedern CUPE und PSAC sowie weiteren kanadischen Gewerkschaften finanziert, darunter die *Services Employees International Union*, das *Syndicat de la fonction publique du Québec* und die *Alliance du personnel professionnel et technique de la santé et des services sociaux*.

Die Delegation traf sich ebenfalls mit dem haitianischen Ingenieur, der maßgeblich an dem Wiederaufbauprojekt beteiligt ist. Es wurde schnell klar, dass die Anschaffung eines Fahrzeugs nicht nur für das Bauprojekt, sondern auch für die langfristige Gewerkschaftsarbeit des CSTP eine unverzichtbare Investition ist. Die Kosten für das Wiederaufbauprojekt liegen bei geschätzten \$100.000.

Die kanadische Delegation erklärte sich ebenfalls bereit, für 15 örtliche Gewerkschaftsmitglieder ein Finanz- und Buchhaltungsseminar zu veranstalten.

CTSP-Präsident Dukens Raphaël erklärte: „Wir nehmen diese solidarische Unterstützung gerne an und freuen uns auf den Beginn der konkreten ‚handfesten‘ Ausführungsphase dieses Projekts.“ ■

Von der *Canadian Union of Public Employees* und der *Public Service Alliance of Canada*



CUPE

Sarah Belanger, PSAC Canada, Claude Généreux, Schatzmeister, CUPE Canada, Dukens Raphaël, Generalsekretär, CSTP Haiti, und andere IÖD-Mitglieder beim ersten Spatenstich für das neue Gewerkschaftsgebäude.

Gewerkschaftsklinik auf Haiti eröffnet

Für viele Menschen ist damit ein Traum Wirklichkeit geworden – am 15. August 2011 hat die *Workers Solidarity Clinic* in Port-au-Prince, Haiti, den ersten Patienten behandelt. Am Eröffnungstag wurden mehr als 130 Frauen und Kinder in der Klinik gezählt.

„Wir hatten eine sehr erfolgreiche erste Woche“, erzählt Mari Cordes, Präsidentin und eines der fünf Mitglieder der *Vermont Federation of Nurses and Health Professionals* (VFHNP), die auf Haiti an den Vorbereitungen für die Klinikeröffnung beteiligt waren und dem *Vermont Medical Response Team* angehören. Anwesend waren ebenfalls mehrere haitianische Krankenschwestern und ein Arzt.

Die Klinik ist das Ergebnis eines langfristigen Engagements der VFHNP auf Haiti. Nach dem Erdbeben, das die Insel im Januar 2010 getroffen hat, sind Hunderte von KrankenpflegerInnen, ÄrztInnen, SanitäterInnen, AtemtherapeutInnen, RettungssanitäterInnen und weitere Freiwillige mit der VFHNP nach Haiti gekommen, um die Bevölkerung medizinisch zu versorgen. Dabei ging es dem Heil- und Pflegepersonal in erster Linie darum, dem verwüsteten Land mit langfristigen Lösungen zu helfen. Die VFHNP hatte im Juli und August 2010 Haiti erneut im Rahmen einer Erkundungsreise besucht und kam zu dem Schluss, dass eine Klinik unter Gewerkschaftsleitung eine große Hilfe für Gewerkschaftsmitglieder, ihre Familien und andere Gemeindemitglieder wäre.

Die Klinik wird zunächst die Versorgung von Müttern und Kindern übernehmen sowie Impf- und Präventionsprogramme für die Mitglieder der *Confédération des Travailleurs et Travailleuses des Secteurs Public et Privé* (CTSP) und ihrer Familien durchführen. Diese Versorgungsleistungen unterstützen den innergewerkschaftlichen Kapazitätsaufbau der CTSP und ihrer Mitgliedsorganisationen aus dem Gesundheitssektor, indem sie durch die medizinische Einrichtung einen engen Kontakt der Mitglieder zu ihren Gewerkschaften herstellen. Die Klinik wird ebenfalls das Angebot der Gewerkschaft im Bereich der beruflichen Weiterbildung verbessern, indem sie CTSP-Mitgliedern die Möglichkeit einer Ausbildung als ArzthelferIn eröffnet.

„Die Gesundheitsversorgung ist ein öffentlicher Dienst und wichtig für das Wachstum und die Entwicklung unseres Landes“,



VFHNP

Im August empfängt die Solidaritätsklinik der Gewerkschaften Haiti ihre ersten PatientInnen.

erklärt CTSP-Generalsekretär Dukens Raphaël. „Die in der Klinik vorhandenen Ausbildungsangebote werden unsere Mitglieder dabei unterstützen, der Bevölkerung Haitis qualitativ hochwertige Gesundheitsdienste anbieten zu können.“

Die VFHNP hat das Projekt mit Hilfe der Internationale der Öffentlichen Dienste und ihres haitianischen Mitglieds CTSP betreut. Darüber hinaus haben Gelder des *AFL-CIO Solidarity Centers*, der *New York State United Teachers* und der *American Federation of Teachers* sowie Einzelspenden zur Finanzierung der Klinik beigetragen. Eric Klein und die gemeinnützige Organisation *Can-Do.Org* haben für die Domkonstruktion der Klinik gespendet. Die Freiwilligen, die nach Haiti gekommen sind, haben die Kosten für ihre Flugtickets und sonstige Ausgaben selbst übernommen.

Die VFHNP plant die Entsendung von Teams mit fünf bis sieben Mitgliedern aus Vermont und anderen Staaten zur Arbeit in der Klinik, die voraussichtlich eine Woche im Monat geöffnet sein wird. „Wir wissen, dass sich die Verhältnisse auf Haiti nicht über Nacht ändern werden“, berichtet Cordes. „Aber wir freuen uns schon über die ersten Ergebnisse.“ Cordes hofft außerdem, dass es in Zukunft noch weitere Klinikeröffnungen auf Haiti geben wird.

IÖD-Mitglieder sind zu Sach- und Geldspenden für den Betrieb der *Workers' Solidarity Clinic* aufgefordert. Weitere Informationen erhaltet ihr bei der CTSP ctsp Haiti@yahoo.fr oder dem IÖD-Subregionalbüro für die Karibik psicaribbean@sunbeach.net. ■

Sandra Massiah ist die IÖD-Subregionalsekretärin für die Karibik.



Sharp Sense Video für Beschäftigte im Gesundheitswesen

Produziert von der Internationale der Öffentlichen Dienste, wurde dieses neue Video in Südafrika mit Beteiligung von IÖD-Mitgliedern aus dem Gesundheitssektor gefilmt.

Die DVD gibt es in Englisch, Französisch und Portugiesisch und kann bei der IÖD-Gesundheitsbeauftragten Odile Frank (odile.frank@world-psi.org) bestellt werden. Die Videos können auch direkt auf Vimeo oder YouTube angeschaut werden: <http://vimeo.com/user6551614/videos> und www.youtube.com/user/PSIglobalunion

Vereinbarungen der IÖD mit multinationalen Unternehmen

In den letzten Jahrzehnten haben multinationale Unternehmen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor zunehmend an Einfluss gewonnen. Weltweit hat sich eine Politik durchgesetzt, Ausgaben für öffentliche Haushalte zu kürzen und öffentliche Dienste zu privatisieren. Der Widerstand gegen diesen Trend ist nicht einfach, und die Gewerkschaften der öffentlichen Dienste kämpfen überall auf der Welt gegen diese um sich greifende Privatisierung.

Die IÖD hat ihre grundsätzliche Überzeugung nicht geändert, dass die für eine Gesellschaft wichtigen Dienste von öffentlichen Unternehmen erbracht werden müssen. Gleichzeitig hat sich bei der IÖD die Erkenntnis durchgesetzt, dass wir und unsere Mitglieder die Auseinandersetzung mit multinationalen Unternehmen nicht scheuen dürfen, wenn diese im öffentlichen Sektor tätig werden. 2007 hat die IÖD deshalb auf dem Wiener Kongress eine neue Politik gegenüber multinationalen Unternehmen beschlossen und Entschlüsse über die Beobachtung der Aktivitäten multinationaler Unternehmen sowie über Lobbyarbeit für eine stärkere Regulierung verabschiedet. Diese Themen werden ganz sicher erneut auf dem IÖD-Weltkongress 2012 in Durban zur Diskussion gestellt.

2009 hat die IÖD Verhandlungen mit dem französischen internationalen Konzern GDF-SUEZ aufgenommen. Das Unternehmen beschäftigt weltweit mehr als 200.000 MitarbeiterInnen in den Bereichen Energie, Wasser, Gas, Infrastruktur und Umwelt. Die Verhandlungen wurden gemeinsam mit den IÖD-Schwesterorganisationen Bau- und Holzarbeiter Internationale (BWI) und der Internationalen Föderation von Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeiterverbänden (ICEM) geführt. Beide Verbände haben Mitglieds-gewerkschaften, die ArbeitnehmerInnen in den Tochtergesellschaften von GDF-SUEZ gewerkschaftlich organisieren.

Mit dem Konzern konnte eine Vereinbarung unterzeichnet werden, die viele als ein Modell für andere Unternehmen und internationale Branchengewerkschaften ansehen. Im November 2010 hat der IÖD-Generalsekretär dieses Abkommen unterzeichnet, nachdem eine ausführliche Diskussion und Genehmigung im IÖD-Vorstand erfolgt war. Die Vereinbarung gilt für alle aktuellen und zukünftigen zu GDF-



Keine Angst vor Auseinandersetzungen mit multinationalen Unternehmen!

SUEZ gehörenden Unternehmen, ArbeitnehmerInnen, Subunternehmen und Zulieferer und verpflichtet das Unternehmen unter allen Umständen auf die Achtung der Rechte und der Würde der Menschen sowie auf eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Betrug und Korruption.

Das Unternehmen erkennt die wichtigsten internationalen Normen an, darunter die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die OECD-Leitsätze und die IAO-Erklärung über multinationale Unternehmen, die IAO-Erklärung über grundlegende Rechte bei der Arbeit und viele andere, die insgesamt als ein Bestandteil der Vereinbarung angesehen werden. GDF-SUEZ verspricht die Gleichbehandlung aller Beschäftigten ungeachtet ihres Alters, ihrer Herkunft, Nationalität, Religion und Kultur sowie ihrer sexuellen oder politischen Orientierung. Das Recht der ArbeitnehmerInnen auf Gründung einer Gewerkschaft oder Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft wird anerkannt, und es gibt keinerlei Diskriminierungen dieser Belegschaftsmglieder oder gegen GewerkschaftsvertreterInnen oder andere ArbeitnehmervertreterInnen. GDF-SUEZ erleichtert Kontakte zu GewerkschaftsvertreterInnen und stellt Gewerkschaften Informationen über die Tätigkeit des Unternehmens zur Verfügung, die bei Kollektivverhandlungen von Nutzen sein können.

Direkten und unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen ist der Vorzug zu geben, Zeit- und Leiharbeitskräfte sollen nicht im Übermaß eingesetzt werden, Scheinselbständigkeit ist nicht erlaubt. GDF SUEZ und alle Subunternehmer zahlen für ihre Beschäftigten Beiträge zur Sozialversicherung und zur Altersvorsorge, sofern solche Einrichtungen vorhanden sind. Maßnahmen für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz orientieren sich an der besten bekannten Praxis.

Das Unternehmen setzt sich dafür ein, natürliche Ressourcen zu bewahren und die Biodiversität zu schützen. GDF-SUEZ fördert die effizientesten Technologien zur Verringerung von Treibhausgasemissionen und verpflichtet sich in seinen Betrieben zu einer ökologischen Abfallwirtschaft.

Die unterzeichneten Parteien haben ihre Absicht erklärt, Folgevereinbarungen zu spezifischeren Bereichen zu unterzeichnen, z. B. Umstrukturierungen, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, berufliche Weiterbildung, nachhaltige Entwicklung und Klimawandel. Die Vereinbarung enthält spezielle Kapitel zur Umsetzung, Überwachung, Kontrolle und Berichterstattung sowie Konfliktlösung. ■

Von Jürgen Buxbaum, IÖD-Beauftragter für öffentliche Verwaltung und multinationale Unternehmen.

FÜR MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT



art by: favianna.com

HOCHWERTIGE ÖFFENTLICHE DIENSTE JETZT HANDELN!

EINE KAMPAGNE DER INTERNATIONALEN BRANCHENGEWERKSCHAFTEN: BWI Building and Woodworkers International • EI Education International • IAEA International Arts and Entertainment Alliance • ICEM International Federation of Chemical, Energy, Mine and General Workers' Unions • IFJ International Federation of Journalists • IMF International Metalworkers' Federation • ITF International Transport Workers' Federation • ITGLWF International Textile, Garment and Leather Workers' Federation • ITUC International Trade Union Confederation • IUF International Union of Food, Agriculture, Hotel, Restaurant, Catering, Tobacco and Allied Workers' Associations • PSI Public Services International • TUAC Trade Union Advisory Committee to the Organisation for Economic Co-operation and Development • UNI Global Union

www.QPSActionNow.org



Poster: Favianna Rodriguez